

Die Revolution 1848/49 – Ambivalenzen der Demokratiegeschichte

PÄDAGOGISCHE HANDREICHUNG FÜR DIE SEK II

PÄDAGOGISCHE HANDREICHUNG FÜR DIE SEK II

DIE REVOLUTION 1848/49

Ambivalenzen der Demokratiegeschichte

Susanne Kitschun / Johann Gerlieb / Paul Schmitz (Hrsg.)

02 VORWORT

Susanne Kitschun / Johann Gerlieb / Paul Schmitz

04 METHODISCHE EINLEITUNG

Annalena Baasch / Ulli Engst

08 KONZEPTUELLE EINLEITUNG

Theo Jung

▶ PRAXISTEIL

12 NATION(ALISMUS)

Christian Jansen / Claudia Spezzano

FORSCHUNGsimpuls 12 / ARBEITSMATERIAL 15 / ARBEITSAUFTRAG 20

22 FRAUENFRAGE und SOZIALE FRAGE

Susanne Schötz / Franziska Deutschmann

FORSCHUNGsimpuls 22 / ARBEITSMATERIAL 26 u. 30 / ARBEITSAUFTRAG 34 u. 35

ERWARTUNGSHORIZONT 36 u. 38

40 JÜDISCHE EMANZIPATION und ANTISEMITISMUS

Uffa Jensen / Paul Schmitz

FORSCHUNGsimpuls 40 / ARBEITSMATERIAL 44 / ARBEITSAUFTRAG 48

ERWARTUNGSHORIZONT 49

52 GLOSSAR

60 ZU DEN AUTOR:INNEN

62 KARTE – Deutscher Bund

64 IMPRESSUM

Vorwort

Susanne Kitschun / Johann Gerlieb / Paul Schmitz

Liebe Leser:innen,

Geschichte ist nie eindeutig, sondern durchsetzt von Mehrdeutigkeit, Widersprüchen und von Ambivalenz. Das trifft auch auf das demokratiegeschichtliche Kapitel der Revolution von 1848/49 zu. Für eine zeitgemäße Vermittlung dieses europäischen Ereignisses ist die Beschäftigung auch mit den ambivalenten Seiten der Revolution daher unerlässlich. Besonders zum 175. Jubiläum der Revolution ist die Nachfrage nach innovativen Vermittlungsmethoden zum Thema 1848/49 in der politisch-historischen Bildungsarbeit gestiegen.

Die vorliegende Handreichung hat sich diesen Anspruch zur Aufgabe gemacht und eignet sich für den Einsatz im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II, in demokratiepädagogischen Projekten oder im außerschulischen Bildungskontext.

Zu Beginn bietet die Handreichung eine methodische Einleitung sowie eine konzeptionelle Einführung zum Thema historischer Ambivalenzen. Im anschließenden Praxisteil stehen drei Module zur Verfügung: „Nation(alismus)“, „Frauenfrage und Soziale Frage“, „Jüdische Emanzipation und Antisemitismus“. Die Module bestehen jeweils aus einem Forschungsimpuls, Arbeitsmaterial, Quellen und zum Material passenden Arbeitsaufträgen. Die Handreichung wird mit einem Glossar komplettiert, das zentrale Begriffe der Praxismodule leicht verständlich aufbereitet.

Bei der Arbeit an den Modulen haben die Schüler:innen Gelegenheit, sich der Revolution 1848/49 als ambivalentem Kapitel der Demokratiegeschichte zu nähern. Von zentralen Fragestellungen ausgehend werden bei der Bearbeitung der Arbeitsaufträge die Schritte des historischen Denkens eingeübt. Dabei verfolgen die Aufgaben stets das Ziel der Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins. Die Module bieten sorgfältig ausgewählte Text- und Bildquellen, die von Expert:innen niedrigschwellig eingeordnet werden. Anhand von Aufgabenstellungen und Material kann die Analyse und Interpretation von historischen Quellen mit quellenkritischen Methoden eingeübt werden.

Die Handreichung wurde so konzipiert, dass sie nicht länderspezifisch ist, sondern in allen Bundesländern eingesetzt werden kann.

Die Module können auch einzeln beziehungsweise unabhängig voneinander eingesetzt werden. So kann je nach Vorwissen eines der Module ausgewählt und arbeitsteilig, in Einzel- oder Gruppenarbeit bearbeitet werden. Die Texte und Quellen eignen sich ebenfalls dazu, mit eigenen Aufgabenstellungen versehen oder kombiniert zu werden.

Die angefügten Erwartungshorizonte bei Modul 2 und 3 ermöglichen eine schnellere Vorbereitung mit den Modulen.

Diese Handreichung wäre nicht möglich gewesen ohne die engagierte Mitarbeit und fachliche Beratung mit allen beteiligten Autor:innen, bei denen wir uns herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Unser Dank gilt auch der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, die durch eine Zuwendung die Erarbeitung und den Druck dieser Publikation ermöglicht hat.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei Lektüre und Anwendung dieser Handreichung. Außerdem freuen wir uns über Rückmeldungen zu dieser Publikation.

Susanne Kitschun, Paul Schmitz und Johann Gerlieb

Berlin, im Dezember 2023

Der Friedhof der Märzgefallenen



Der Friedhof der Märzgefallenen (FdM) wurde von den Berliner Revolutionär:innen 1848 für die bei den Barrikadenkämpfen Gefallenen angelegt. Heute ist er ein innovativer Ausstellungs-, Gedenk- und Lernort in Berlin. Neben der Erarbeitung von Materialien zur historisch-politischen Bildungsarbeit bietet der Gedenkort auch ein vielfältiges historisch-politisches und demokratiepädagogisches Bildungsangebot im digitalen Raum und vor Ort. Eine Übersicht unserer Workshops und Führungen ist über den beistehenden QR-Code abrufbar.

METHODISCHE EINLEITUNG

Umgang mit historischen Ambivalenzen in der historisch-politischen Bildung

Annalena Baasch / Ulli Engst

Die nicht zu unterschätzende Aufgabe der Geschichtsvermittlung ist es, komplizierte historische Ereignisse, Strukturen und Zusammenhänge möglichst verständlich, aber trotzdem den aktuellen Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung widerspiegelnd, darzustellen. Hierbei gibt es von Seiten der Rezipient:innen das Bedürfnis nach klaren Narrativen, die die Vergangenheit strukturieren und die gegenwärtige Welt erklären.¹ Geschichte ist aber vielschichtig und selten eindeutig einzuordnen, in anderen Worten: voller Ambivalenzen.

Eine zeitgemäße historisch-politische Bildung zum Zweck der Demokratiestärkung muss sich deshalb fragen, wie sie mit diesen Widersprüchen in ihren Angeboten und verschiedenen Vermittlungsformaten (Publikationen, Workshops, Trainings etc.) umgeht, wie sie Ambivalenzen darstellt und reflektiert. Denn trotz der Notwendigkeit einer Vereinfachung und Reduktion der historischen Inhalte darf sie sich nicht darauf ausruhen, die Vergangenheit in eindimensionalen Meistererzählungen darzustellen. Die historische Realität ist hierfür zu komplex.

DEMOKRATIEGESCHICHTE ALS WIDERSPRUCHSGESCHICHTE

Dies gilt umso mehr für den Bereich der Demokratiegeschichte, die immer stärker zu einer Säule der deutschen Erinnerungskultur wird und normative Begründung für das gegenwärtige demokratische System ist.² Die Verlockung ist groß, sie als Erfolgsgeschichte darzustellen, die aus einer schlechteren, undemokratischen Vergangenheit heraus zielstrebig auf die gegenwärtige Bundesrepublik Deutschland zugelaufen sei. Wie die Historikerin Hedwig Richter betont, ist sie aber schlicht „keine geradlinige Geschichte, deren Ende feststeht.“³ Auch sind nicht alle Demokratisierungsprozesse aus einem Streben nach mehr Liberalismus heraus erwachsen, wie die Historikerin Ute Daniel mit ihrem Verständnis einer postheroischen Demokratiegeschichte zeigt.⁴

Eine blinde Glorifizierung ist deshalb fehl am Platz. „Blickt man zurück in die Geschichte der Demokratie, lassen sich nicht nur positive Tendenzen erkennen, sondern der Rückblick ermöglicht auch, das Krisenhafte besser einzuordnen.“⁵

So sollte die historisch-politische Bildung die Entstehung und Fortentwicklung der Demokratie ganz bewusst ambivalent darstellen, statt sich einer auf die Gegenwart bezogenen Teleologie hinzugeben.⁶ Ein prominentes Beispiel für einen solchen Widerspruch ist etwa das Konzept der universellen Gleichheit, welches aber selbst nach entscheidenden Wegmarken wie der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) oder der Erklärung der Menschenrechte (1789) in der Realität noch lange Zeit nur für *weiße* Männer galt.⁷ Nur eine vielschichtige Auseinandersetzung mit der sich bisweilen widersprechenden Geschichte der Demokratie kann dazu beitragen, sich in der komplizierten und widersprüchlichen Gegenwart zurecht zu finden.

VIER PHASEN DER DEMOKRATIEENTWICKLUNG

Die Beschäftigung mit der Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform⁸ zu verschiedenen Zeitpunkten in der Vergangenheit zeigt, dass es nicht **die** Demokratie gibt, sondern vielmehr ein „breites Spektrum legitimer Lesarten“.⁹ Dem Umstand Rechnung tragend, dass die Demokratie „schon viele Wandlungsprozesse und Krisen durchlaufen“¹⁰ hat, bedarf jede Auseinandersetzung mit demokratiegeschichtlich relevanten Ereignissen, Persönlichkeiten und Strukturen die Einordnung in den jeweiligen Vergangenheitskontext. Historische Epochen sind aber in sich widersprüchlich, der von der Gegenwart geprägte Blick darauf verstärkt diesen Eindruck nur umso mehr.

Im Bereich der historisch-politischen Bildung bietet es sich deshalb an, auf Modelle zurückzugreifen, die die Komplexität unterschiedlicher historischer Epochen in der Vermittlung zwar reduzieren, aber deren Spezifika trotzdem nicht außer Acht lassen. Ein Beispiel hierfür ist das bereits in der Vermittlungsarbeit angewandte Konzept der vier Phasen der Demokratieentwicklung.¹¹ Es beschreibt die deutsche Demokratiegeschichte als aufeinanderfolgende Entwicklungsabschnitte, die sich ablösen und in denen jeweils verschiedene Formen demokratischen Handelns möglich sind, abhängig von der aktuellen Herrschaftsform.

Die vier Phasen – „Demokratie erkämpfen“, „Demokratie etablieren“, „Demokratie leben, gestalten und weiterentwickeln“ sowie „Demokratie verteidigen und verlieren“ – machen deutlich, dass demokratische Systeme keinem historischen Automatismus folgen, sondern durchgängig von Menschen geprägt werden und damit auch allen Ambivalenzen menschlichen Handelns unterworfen sind, sowohl im Positiven als auch im Negativen.

Das Modell kann darüber hinaus in der Bildungsarbeit als Orientierungsgrundlage für die Rezipient:innen eingesetzt werden, ohne dass eine historische Epoche im Detail erklärt werden muss. Allein das Verständnis, dass Menschen in der Vergangenheit nicht in einer Demokratie, d.h. in einer anderen Phase, gelebt haben, als wir es heute tun, macht Widersprüche leichter nachvollziehbar. So kann den Rezipient:innen ein solches Entwicklungsmodell aufzeigen, dass sich historische Ereignisse nicht in luftleerem Raum ereignen, sondern aus bestimmten Kontexten hervorgingen.

VORBILDER DER DEMOKRATIEGESCHICHTE – EINSTELLUNGEN UND HANDLUNGEN STATT PERSÖNLICHKEITEN

Die Vermittlung historischer Inhalte mithilfe biografischer Ansätze ist in der historisch-politischen Bildung ein viel genutztes und durchaus probates Mittel. So kann bei der Entwicklung der eigenen (politischen) Identität die Orientierung an anderen Menschen und ihren Handlungen hilfreich sein, sich selbst in der demokratischen Gesellschaft zu verorten und zurecht zu finden. Es gibt ein weitverbreitetes Bedürfnis nach solchen Vorbildern, auch um deren Verhalten und Wertvorstellungen modellhaft auf das eigene Leben und spezielle Situationen zu übertragen.¹²

Im Bereich der Demokratiegeschichte bieten sich vor allem diejenigen historischen Persönlichkeiten an, die sich in unterschiedlichen Arten und Weisen für Demokratie und Freiheit eingesetzt haben. Hier besteht allerdings stets die Gefahr der Heroisierung, was einem realistischen Blick auf Geschichte zuwiderlaufen und die Ambivalenz von Personen ausblenden würde. Der normative Anspruch an Menschen, über die Gesamtheit ihres Lebens hinweg herausragend sein zu müssen, ist darüber hinaus ein utopischer. Es kann deshalb für die historisch-politische Bildungsarbeit gewinnbringender sein, sich auf einzelne Einstellungen und Handlungen in ganz konkreten historischen Situationen zu fokussieren. Hierfür ist ein Neudenken des „Vorbilder“-Begriffs notwendig.¹³

Vorbildhaftes Handeln in diesem Sinne kann viele Formen annehmen: sich selbstlos für das Gemeinwohl einsetzen, gegen Widerstände eintreten, mehr zu erfüllen, als erwartet wird sowie den Status quo infrage zu stellen und Grenzen des bisherigen Konsenses zu verschieben.¹⁴ „Die Beispiele vorbildhaften Verhaltens für Demokratie, die sich in der Geschichte finden lassen, werden unterschiedlich sein. [...] Manche Aktions- und Engagementformen hängen stark vom politischen und gesellschaftlichen Kontext ab“¹⁵.

Nicht selten kann es dabei zu Widersprüchen kommen. Ein und dieselbe Handlung kann hier vorbildlich, dort nicht mehr zeitgemäß und verurteilungswürdig sein. „Es gibt nicht **die** Verhaltensweise als Alleinrezept, die immer und in allen Fällen greifen kann.“¹⁶ Diese Ambivalenz muss erklärt werden, zuvorderst durch die Einordnung in den historischen Kontext. Dies gilt speziell für Vermittlungsformate wie beispielsweise Workshops, die darauf abzielen, dass sich Teilnehmende einen maßgeblichen Anteil des Wissens selbst erarbeiten. So muss die historisch-politische Bildung stets klar machen, „dass eine einfache Übertragung des früheren Kampfes gegen Autokratien oder Diktaturen auf die heutigen Verhältnisse wohl kaum als direkter Beitrag zur Demokratiestärkung taugt.“¹⁷

VIELFÄLTIGE THEMEN- UND PERSPEKTIV AUSWAHL

Nicht zuletzt ist die Entscheidung, welche Themen und Inhalte die historisch-politische Bildung überhaupt vermitteln möchte, maßgeblich dafür, ob historischen Ambivalenzen Raum eingeräumt wird. Was zur Geschichte der Demokratie gehört, ist immer eine Frage der zeit- und ortsgebundenen Perspektive. Der Historiker Bernd Faulenbach lehnt entsprechend nicht nur „eine geschlossene demokratiegeschichtliche Meistererzählung“ ab, sondern auch einen „starrten Kanon über Geschehnisse, Persönlichkeiten und Bewegungen“.¹⁸ Die historisch-politische Bildung ist eine von vielen Professionen im Bereich der Geschichtsvermittlung, die immer wieder selbstkritisch die eigene Perspektive auf Demokratiegeschichte und die daraus folgende Auswahl an Inhalten und Interpretationen hinterfragen und überdenken muss.¹⁹

Erst das ständige Überdenken und die Erweiterung der Vermittlungsangebote werden der vielfältigen Geschichte der Demokratie gerecht. Je nach Format ist hierbei das aktive Einbeziehen der Rezipient:innen ein lohnenswerter Weg, auf historische Ambivalenzen aufmerksam zu machen. Die Reflektion der eigenen Gegenwart und ihrer alltäglichen Widersprüche schlägt nicht nur eine Brücke zur Lebenswelt der Rezipient:innen, sondern hilft zu verstehen, dass sich historische Akteur:innen in ihrem Handeln möglicherweise mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sahen. Dass auch demokratische Systeme ihre Bürger:innen nicht alle gleich behandelt haben (und dies bis heute nicht tun), gehört zu einer die Ambivalenzen berücksichtigenden Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte dazu. Die Historikerin Claudia Gatzka stellt mit Blick auf die inhärente Unvollkommenheit von Demokratie fest: „Zu dieser Demokratiegeschichte gehört, nicht nur zu erzählen, wie sie erkämpft und installiert wurde, sondern auch zu analysieren, welche Probleme und Konflikte sie produziert hat, seitdem sie installiert und etabliert ist.“²⁰

Eine historisch-politische Bildung zum Zwecke der Demokratiestärkung sollte demnach weder glorifizieren noch verdammern. Demokratische Errungenschaften beispielsweise dürfen dargestellt werden, aber nicht ohne die entsprechende Einordnung, für wen es sich tatsächlich um einen Gewinn handelt und für wen nicht. Letztlich sollte es um eines gehen: „die Vermittlung eines realistischen Bildes von Demokratie, ihrer Durchsetzung und Behauptung, ihrer Leistungen und Ambivalenzen.“²¹

LITERATURANGABEN

- 1 **Vgl. Matthias Busch**, Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung. in: **Wolfgang Sander, Kerstin Pohl (Hrsg.)**: Handbuch politische Bildung. 5. Vollst. Überarb. Aufl. Frankfurt/Main 2022, S. 312–319, hier: S. 312.
- 2 **Vgl. Michael Parak**: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7–9 (2023), S. 39–44, hier: S. 39. und **Michael Parak**: Exemplarität als Kriterium für die Beschäftigung mit und die Vermittlung von Demokratiegeschichte, in: **Lars Lüdicke (Hrsg.)**: Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit. Berlin 2021, S. 57–75, hier: S. 59.
- 3 **Hedwig Richter**: Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 2020, S. 18.
- 4 **Vgl. Ute Daniel**: Postheroische Demokratiegeschichte. Hamburg 2020.
- 5 **Richter**: Demokratie, S. 317.
- 6 **Vgl. Bernd Faulenbach**: Zu Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit. In: **Lars Lüdicke (Hrsg.)**: Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit. Berlin 2021, S. 15–29, hier: S. 18.
- 7 **Vgl. Richter**: Demokratie, S. 7ff.
- 8 **Vgl. Gerhard Himmelmann**: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, 4. Auflage. Schwalbach im Taunus 2016.
- 9 **Vgl. Parak**: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte, S. 40.
- 10 **Paul Nolte**: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München 2012, S. 14.
- 11 **Vgl. Annalena Baasch/Michael Parak/Dennis Riffel (Hrsg.)**: Demokratiegeschichte bloggen. Berlin 2020.
- 12 **Vgl. Michael Parak/Ulli Engst (Hrsg.)**: Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können. Berlin 2022, S. 10ff.
- 13 **Vgl. Ebd.**, S. 18f.
- 14 **Vgl. Ebd.**, S. 20ff.
- 15 **Ebd.**, S. 23.
- 16 **Ebd.**, S. 27.
- 17 **Vgl. Parak**: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte, S. 41.
- 18 **Faulenbach**: Demokratiegeschichtliche Erinnerungsarbeit, S. 23.
- 19 **Vgl. bspw. Ulli Engst/Dennis Riffel/Annalena Baasch (Hrsg.)**: Migration in der Demokratiegeschichte. Versuch einer Perspektiverweiterung auf die Geschichte der deutschen Demokratie. Berlin 2023.
- 20 **Claudia C. Gatzka**: Die deutsche Demokratiegeschichte und der Blick ins Ausland, in: **Lars Lüdicke (Hrsg.)**: Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit. Berlin 2021, S. 31–44, hier: S. 41.
- 21 **Faulenbach**: Demokratiegeschichtliche Erinnerungsarbeit, S. 26.

KONZEPTUELLE EINLEITUNG

Ambivalenzen (in) der Demokratiegeschichte

Theo Jung

Vor dem Hintergrund der breit geteilten Diagnose, dass die Demokratie heute von innen wie von außen akut bedroht sei, sind in den letzten Jahren in Deutschland intensive Bemühungen sichtbar geworden, die Auseinandersetzung mit der **Geschichte der Demokratie für die politische Bildung fruchtbar zu machen.**

„Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus, Gleichberechtigung und sozialer Ausgleich – alle diese Werte, die heute im Grundgesetz verankert sind und die wir leben,“ hob Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2021 in einem von ihm höchstpersönlich herausgegebenen Sammelband hervor, „verdanken wir auch dem Engagement von Menschen, die früher als andere und oft mit viel Mut und unter großen persönlichen Opfern für sie eingetreten sind.“¹ Die Auseinandersetzung mit diesen mutigen Männern und Frauen schärfe das Bewusstsein dafür, dass die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik nicht nur im ‚Nie wieder!‘ in Bezug auf den Nationalsozialismus und die Shoah gründe, sondern auch in den „weitverzweigten Wurzeln von Demokratie- und Freiheitsbestrebungen, die es über Jahrhunderte hinweg gegeben hat“.²

In der öffentlichen Geschichtskultur ebenso wie in der akademischen Geschichtsschreibung haben solche Initiativen neue Aufmerksamkeit für die Vorgeschichte der Demokratie im deutschen Raum hervorgebracht. Gleichzeitig ist aber **auch Kritik** laut geworden. So warnte Spiegel-Redakteur Felix Bohr vor dem Trend einer „Wohlfühlgeschichtsschreibung“, die dazu neige, die finsternen Abschnitte der deutschen Vergangenheit „wie Sondermüll“³ zu entsorgen. Die Braunschweiger Historikerin Ute Daniel richtete sich gegen die teleologische Struktur des demokratiegeschichtlichen Narrativs, das „in einem infantilisierenden Modus der Verehrung“ geschrieben sei und dadurch implizit zur bedingungslosen Konservierung der existierenden Ordnung aufrufe, „nach dem Motto: Bloß nichts fallen lassen, Kind, Oma und Opa haben lange dafür arbeiten müssen.“⁴

Im Kontext von historischen Jubiläen erhalten solche Kontroversen punktuell weitere Zuspitzung. Als sich die Proklamation des Deutschen Kaiserreichs 2021 zum 150. Mal jährte, nahm dies Hedwig Richter zum Anlass, diesen Staat, der in ihren Augen allzu lang mit Pickelhauben und Untertanengeist identifiziert worden sei, als Zeit des Aufbruchs in die moderne Massendemokratie zu rehabilitieren.⁵ Es folgte lautstarker Widerspruch, nicht zuletzt von Eckart Conze, der meinte, dass das revisionistische Bild eines als „normale‘ Nation weich gezeichneten Kaiserreichs“⁶ die Schattenseiten dieses Regimes überdecke und so den Befürwortern eines exkludierenden deutschen Nationalismus in der Gegenwart in die Karten spiele.

Auch **im Rahmen des 175-jährigen Jubiläums der Revolution von 1848/49** wird dieselbe Debatte wieder brisant, sei es auch in einer etwas anders gelagerten Variante. Nachdem der Schwerpunkt in der historischen Deutung dieser Revolution lange auf ihrem Scheitern gelegen hatte, werden neuerdings vor allem ihre langfristigen „Errungenschaften“ gewürdigt. Wie es der Bundespräsident in seiner Festrede in der Frankfurter Paulskirche ausdrückte, wurde 1848 etwas „auf den Weg gebracht, das ein unersetzlicher Schritt war auf dem langen Weg zu Demokratie und Freiheit in einem einigen Deutschland.“⁷

Auch hier bleiben kritische Töne allerdings nicht aus, indem etwa darauf hingewiesen wird, dass die Revolutionsgeschichte auch eine ganze Reihe von Elementen umfasste, die sich nicht ohne Weiteres in die Vorgeschichte unserer Demokratie einordnen lassen. Der Verweis auf die Rolle der Gewalt (auch gegen die Parlamente), auf antijüdische Ausschreitungen sowie auf den patriarchalischen Chauvinismus, den konservativen Monarchismus und den aggressiven Nationalismus vieler Revolutionäre setzt der allzu glatten Erzählung eines „Meilensteins der Demokratiegeschichte“ **eine Revolutionsgeschichte voller Widersprüche und gegenläufigen Momente** entgegen. Die Formel, um die solche kritischen Einwände kreisen, ist die der „Ambivalenzen“.⁸

Die vorliegende Broschüre reiht sich also ein in die aktuellen Bemühungen, eine reflektiertere Demokratiegeschichte jenseits des heroisierenden Erfolgsnarrativs zu konzipieren. Dies setzt allerdings eine Reflexion auf den gewählten Leitbegriff voraus. Denn dieser wird nicht nur ganz unterschiedlich, sondern auch dermaßen allgemein verwendet, dass es inzwischen schwierig sein dürfte, noch Stimmen zu finden, die nicht auf die Ambivalenzen der Demokratiegeschichte hinweisen. In einer solchen Situation droht der Begriff aber zu einer hohlen Leerformel zu werden, auf die sich alle einigen können, ohne sich über die von ihm verschleierte Differenzen noch Gedanken machen zu müssen.

Um diesem Risiko zu begegnen, ist es geboten, einen kurzen Schritt zurück zu tun, und sich die **Geschichte des Ambivalenzbegriffs** vor Augen zu führen. Der von den lateinischen Worten „ambi“ (zwei, beide) und „valere“ (gelten, wert sein) hergeleitete Ausdruck hielt zunächst als psychologischer Fachterminus Einzug in die deutsche Sprache. Im Jahr 1910 nutzte ihn der Schweizer Psychiater Eugen Bleuler zur Bezeichnung eines Geisteszustands, bei dem ein Patient oder eine Patientin in Bezug auf ein Phänomen gleichzeitig zwei entgegengesetzte Gefühle empfindet. Wenn dieser Zustand länger anhalte, so Bleuler, sei dies als Symptom einer schizophrenen Störung zu werten.⁹

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff sodann in verschiedene andere Disziplinen übernommen, von der Philosophie und Soziologie bis hin zu den Sprach-, Kultur- und Literaturwissenschaften.¹⁰ Als zentrale Stimme in diesen Debatten darf der polnische-britische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman gelten, demzufolge Ambivalenz gleichzeitig die Grundlage und das alter ego der Benennungs- und Klassifizierungsfunktion der Sprache bezeichnete.¹¹ Die Moderne zeichne sich, so Bauman, durch einen Ordnungswillen aus, der immer darauf aus sei, jede Ambivalenz zugunsten von Eindeutigkeit auszumerzen. Allerdings bringe genau dieses Projekt selbst immer wieder neue Ambivalenzen hervor. Im besten Fall bringe es der moderne Mensch schließlich zur Einsicht in die Unabschließbarkeit seiner eigenen Ordnungswut und lerne die Bereitschaft, die grundsätzlichen Ambivalenzen des Lebens auszuhalten.¹²

Bemerkenswert bei dieser hier nur grob skizzierten Begriffsentwicklung sind zwei zentrale Bedeutungsverschiebungen. Erstens wurde der Begriff von einer Beschreibung einer subjektiven Gemütslage zu der eines objektiven Zustands. Und zweitens hat sich seine normative Wertung in ihr Gegenteil verkehrt. Denn in den neueren Begriffsverwendungen erscheint die Ambivalenz nicht länger als Pathologie, sondern es wird gerade zum Vorzug stilisiert, Ambivalenzen auszuhalten und sich auf ihre ambigen Möglichkeiten einzulassen.

Auch **in der Geschichtswissenschaft** hat der Ambivalenzbegriff seit Längerem Konjunktur. Am häufigsten fällt er im Kontext der Debatte um die sogenannte „Janusköpfigkeit“ der Moderne, also die meist mit dem Namen Michel Foucault identifizierte Beobachtung, dass Modernisierungsentwicklungen neben ihrem Emanzipations- immer auch einen Disziplinierungsaspekt aufweisen. Besonders kontrovers wurde diese Perspektive mit Blick auf die Geschichte des Nationalsozialismus diskutiert. War dieser zunächst oft als Einbruch einer atavistischen Barbarei in die moderne Zivilisationsgeschichte betrachtet worden, stehen heute Deutungen im Vordergrund, die den Nationalsozialismus selbst als eine der möglichen „pathologischen Entwicklungsformen der Moderne“¹³ betrachten.

Im öffentlichen Diskurs laufen die unterschiedlichen Bedeutungsstränge des Ambivalenzbegriffs oft wirr durcheinander. Doch kann er sein analytisches, kritisches und didaktisches Potenzial nur dann entfalten, wenn zumindest einige Fallstricke, die in ihm angelegt sind, vermieden werden. Zunächst einmal ist es entscheidend, die sogenannten Ambivalenzen der Revolution **nicht als bloße Ergänzung** zu ihren positiven Seiten aufzufassen.

Es wäre nur allzu leicht, nachdem man zuerst den heroischen Aufbruch der Demokratie im Revolutionsjahr 1848/49 erörtert hat, noch einen weiteren Abschnitt hinzufügen, in dem zusätzlich noch einige Elemente der Revolution thematisiert werden, die uns heute nicht mehr so gefallen. Dadurch wäre das Bild tatsächlich insofern bereichert, dass neben dem Licht nun auch die Schattenseiten der Revolutionsdynamik in den Blick kämen. Eine wirkliche **Ambivalenz im Sinne einer offenen Ununterscheidbarkeit, die unsere etablierten Deutungs- und Bewertungskategorien aus dem Lot bringt** und so zu neuen Perspektiven einlädt, wird auf diese Weise aber niemals zu Tage treten.

So lange die Rede von den Ambivalenzen nur als Ergänzung zur heroisierenden Demokratisierungsgeschichte fungiert, bleibt deren Grundstruktur intakt. Dann droht der Begriff zu einem geschichtspolitischen Feigenblatt zu werden, das **die verkürzende Teleologie und das normative Schubladendenken**, die er zu durchbrechen vorgibt, durch eine quasikritische Scheindifferenzierung nur noch weiter festschreibt. Darüber hinaus droht eine solche Perspektive, die historiographische Debatte über die Gestalt der Revolution auf ein **Gegeneinanderaufrechnen von positiven und negativen Aspekten** zu reduzieren. Wie die Debatte um die Licht- und Schattenseiten des Kaiserreichs gezeigt hat, bleibt eine solche Quasi-Quantifizierung aber steril, sofern sie beiden Seiten immer die Möglichkeit offenlässt, sich rhetorisch auf ein ‚ja, aber‘ zurückzuziehen.

Produktiver erscheint es daher, Baumans Fingerzeig zu folgen, nach dem sich die Ambivalenz gerade nicht aus der Addition zweier sich ergänzender Elemente zusammensetzt, sondern vielmehr den ununterschiedenen Möglichkeitsraum bezeichnet, der jedem Kategorisierungsversuch vorausgeht und entgegensteht. Bei den nachfolgenden Handreichungen geht es also nicht darum, neben der positiven nun auch einmal die sogenannte ‚ambivalente Seite‘ der Revolution hervorzuheben. Vielmehr ist ihr Ziel,

den **inneren Ambivalenzen der historischen Revolutionsdynamik** selbst auf die Spur zu kommen.

Daraus ergibt sich auch, dass die mit diesem Ansatz verknüpfte Vorstellung historischen Lernens anders gestaltet sein muss als geläufig. Denn eine auf Ambivalenzen gepolte Geschichtsdidaktik darf sich nicht der Versuchung hingeben, die historischen Ereignisse in die uns als selbstverständlich geltenden Deutungsschemata einzuordnen. Vielmehr steht sie vor der Aufgabe, wie es Manfred Hettling neulich gefordert hat, **die Geschichte selbst in ihrer ganzen „Unaufgeräumtheit“¹⁴ gelten zu lassen** und sie gerade dort auszuhalten, wo sie sich unseren etablierten Kategorien und Werturteilen entzieht.

Das erfordert ein didaktisches Umdenken, denn zumeist geht es in solchen Fällen gerade *nicht* darum, Eindeutigkeit herzustellen. Eine produktive Auseinandersetzung mit den Ambivalenzen der Revolution darf nicht darauf beschränkt bleiben, neben den heroischen Vorbildern zur Nachahmung nun die Negativfolien zur Vermeidung herauszuarbeiten. Indem sie vielmehr aufzeigt, wie beide Elemente einem gemeinsamen Ermöglichungszusammenhang entstammen, öffnet sie neue Perspektiven nicht nur auf die Geschichte, sondern auch auf unsere eigene Gegenwart.

LITERATURANGABEN

- 1 **Frank-Walter Steinmeier**: Geschichte für die Republik, in: Ders. (Hg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, S. 12–23, hier: S. 13.
- 2 Ebd., S. 16.
- 3 **Felix Bohr**: Geschichte zum Wohlfühlen, in: Der Spiegel (20.5.2023), S. 8.
- 4 **Ute Daniel**: Postheroische Demokratiegeschichte, Hamburg 2020, S. 8–9.
- 5 **Hedwig Richter**: Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin 2021.
- 6 **Eckart Conze**, Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020, S. 20.
- 7 **Frank-Walter Steinmeier**, 175 Jahre Deutsche Nationalversammlung, URL: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2023/05/230518-Paulskirchenversammlung.html>.
- 8 Vgl. **Dieter Langewiesche** über Ambivalenzen der ‚gekrönten Revolution‘ 1848/49, URL: <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/paulskirche/langewiesche-dieter-947250>.
- 9 **Eugen Bleuler**, Die Ambivalenz: in: Festgabe zur Einweihung der Neubauten der Universität Zürich, Zürich 1914, S. 95–106.
- 10 Vgl. **Frauke Berndt/Stephan Kammer**, Amphibolie – Ambiguität – Ambivalenz. Die Struktur antagonistisch-gleichzeitiger Zweiwertigkeit, in: Dies. (Hg.): Amphibolie – Ambiguität – Ambivalenz, Würzburg 2009, S. 7–30.
- 11 **Zygmunt Bauman**, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Aus dem Engl. v. Martin Suhr, Hamburg 2005.
- 12 Ebd., S. 9.
- 13 **Detlev Peukert**, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 296.
- 14 **Manfred Hettling**, Nutzen und Nachteil monumentalischer Demokratiegeschichte, in: Merkur 77/893 (2023), S. 75–84.

▶ PRAXISTEIL

NATION(ALISMUS)

Christian Jansen / Claudia Spezzano

1 Die Idee des Nationalstaats und der Nationalismus
gehören zu jenen politisch-kulturellen Phänomenen,
die die europäische Geschichte im 19. und 20. Jahr-
hundert am stärksten geprägt haben. Sie entstanden
5 in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf dem
europäischen Kontinent und fanden im ▶ „langen“
19. Jahrhundert (1789 – 1914) immer größeren An-
klang in der Bevölkerung. Ideengeschichtlich in der
Aufklärung, politisch seit der Französischen Revo-
10 lution, begann die Befreiung aus der ständisch-feu-
dalen Gesellschaftsordnung und aus der religiösen
Bevormundung. Die Idee der Nation war als Opposi-
tion zum Absolutismus und Feudalismus (außerhalb
Europas auch in Abgrenzung zur Kolonialherrschaft)
15 von Beginn an mit Ideen von „Freiheit“ verknüpft.
Im Zuge dieser Entwicklung wurde seit der Mitte
des 19. Jahrhunderts die Nation zur wichtigsten
politischen Legitimationsinstanz. Im August 1914
traten Millionen europäischer Männer an, für ihre
20 Nation zu sterben. Der Nationalismusforscher Ernst
Deutsch hat griffig definiert: *Eine Nation ist eine Grup-
pe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum
hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame
Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist.* (Deutsch
25 1972: 9)

Spätestens seit der Französischen Revolu-
tion (1789 – 1799) wird der Begriff „Nation“ im moder-
nen politischen Sinn definiert. Das politische Konzept
der Nation und der Nationalität kann als einer der
30 vielen Versuche begriffen werden, die Komplexität
des modernen Lebens zu strukturieren. Die Idee er-
möglicht es, in der unüberschaubaren Masse von
Mitmenschen einen Teil als „Wir“ und den Rest als
„Fremde“ zu definieren. Es handelt sich also um eine
35 Methode der Inklusion und Exklusion. Das Konstrukt
„Nation“ löst nicht nur Probleme, sondern wirft auch
neue Probleme auf: die Konkurrenz der verschie-
denen Nationen, die Grenzziehung zwischen ihnen
und die eindeutige Zuordnung jedes Menschen zu
40 einer Nation.

Bei den zahllosen Definitionen, was eine Na-
tion sei bzw. worin die Nationalität eines Individu-
ums bestehe, lassen sich zwei Hauptströmungen
unterscheiden:
45 1. Politischen oder „subjektiven“ Definitionen zu-
folge sind Nationen große Kollektive, die auf einem
grundlegenden Konsens ihrer Mitglieder beruhen.
Die Nation basiert also einzig auf der inneren und
freiwillig geäußerten Überzeugung ihrer Mitglieder,
50 dass sie zusammengehören. Diese Konzeption der

Nation geht auf die Französische Revolution zurück.

2. Essenzialistische (oder „objektive“) Definitionen
 55 sehen jede Nation durch Faktoren von allen anderen
 abgegrenzt, die außerhalb des Einflusses der Indi-
 viduen liegen sollen. Zugleich sollen alle Menschen
 jeweils nur einer Nation eindeutig zuzuordnen sein.
 Als Zugehörigkeitskriterien werden sehr verschiedene
 60 Faktoren herangezogen: gemeinsame Sprache, Kul-
 tur, Tradition, Geschichte, gemeinsames Territorium,
 die Landesnatur, angeblich angeborene geistige oder
 psychische Eigenschaften, die als „Volksgeist“ oder
 „Volkscharakter“ bezeichnet werden. Eine extreme
 65 Form der „objektiven“ Definitionen ist das „rassische“
 Verständnis der Nation als Abstammungsgemein-
 schaft.

Da es in Deutschland – anders als in Frank-
 reich – keinen ► **absolutistischen** Staat gab, der in
 70 einer Revolution in einen Nationalstaat umgewandelt
 werden konnte, dominierten im deutschen Sprach-
 raum essenzialistische Definitionen. Meistens wurde
 die deutsche Sprache zur Grundlage genommen. So
 etwa in dem berühmten Lied von Ernst Moritz Arndt
 75 „Was ist des Deutschen Vaterland?“, das während der
 Revolution sehr oft gesungen wurde und in dem die
 Antwort heißt: „Soweit die deutsche Stimme klingt
 und Gott dem Herren Lieder singt“. Andere sahen
 in einer gemeinsamen Kultur, „deutscher Bildung“
 80 oder einem diffusen „deutschen Volksthum“ (Fried-
 rich Ludwig Jahn) das Verbindende, das die Nation
 zusammenhalte und von anderen Nationen unter-
 scheidet. Der von allen Nationalisten ersehnte Na-
 tionalstaat, meistens „Deutsches Reich“ genannt,
 85 sollte einerseits alle „Deutschen“, wie auch immer sie
 von Nicht-Deutschen abgegrenzt wurden, in einem
 mächtigen Staat vereinen, andererseits versprach die
 Idee der Nation, weil ihr Träger das ganze Volk war,
 auch eine Teilhabe aller an der Macht des Reichs.
 90 Insofern war der Nationalismus einerseits in seinen
 Anfängen aufs Engste mit dem Gleichheitsgedanken
 und demokratischen Vorstellungen verbunden und
 wurde andererseits populär im Widerstand gegen das
 napoleonische Frankreich. Anders als dort steht am
 95 Beginn des deutschen Nationalgefühls deshalb nicht
 eine politische Solidarität gegen den Adel, sondern
 eine militärische Bedrohung und Besatzung. Dieser

100 Unterschied prägte die Definition der Nationalität in
 beiden Ländern. Durch solche Traditionen ist unsere
 politische Gegenwart noch mit den Prozessen des
 „langen 19. Jahrhunderts“ verknüpft.

Da die deutschen Nationalisten des 19. Jahr-
 hunderts die „Kleinstaaterei“ des Deutschen Bundes
 105 ► **siehe Karte „Deutscher Bund“ (S.62)** überwinden
 und die mehr als 40 Staaten zu einem mächtigen Na-
 tionalstaat zusammenschließen wollten, waren ihre
 Ziele revolutionär. Die Fürsten unterdrückten sie und
 verfolgten diese Bewegungen mit Härte. 1848/49 wa-
 110 ren die meisten Liberalen und Demokraten zugleich
 Träger des deutschen Nationalismus. Erst nach der
 Reichsgründung 1871 verwandelte er sich in eine
 konservative, staatstragende ► **Ideologie.**

Außerdem hatte die revolutionäre französi-
 115 sche Nation in den Kriegen, in denen sie sich gegen
 die absolutistischen Mächte verteidigte, die allgemei-
 ne Wehrpflicht erfunden. Insofern war die Idee der Na-
 tion nicht nur mit dem Gleichheitsgedanken und der
 demokratischen Idee der Volkssouveränität, sondern
 120 auch eng mit dem Postulat verbunden, alle Bürger
 müssten bereit sein, die Nation mit ihrem Leben zu
 verteidigen. So wird verständlich, weshalb sich der
 Nationalismus auch mit militaristischen Forderungen
 verband, etwa einer National- oder Volksbewaffnung
 125 als Alternative zu den Heeren der absolutistischen
 Herrscher. Diese Idee propagierten in Deutschland
 die ► **Turner** und die ► **Burschenschaften**, die ersten
 nationalistischen Organisationen.

Die Kontroverse in der ► **Frankfurter Natio-
 130 nalversammlung**, aus der die folgenden Auszüge
 stammen, fand entsprechend zwischen Abgeordne-
 ten statt, die die kontroversen Konzepte des politi-
 schen oder essenzialistischen, in Ansätzen bereits
 rassistischen Nationalismus vertraten. Sie entzün-
 135 dete sich nicht zufällig an der Frage, wie die Grenze
 zwischen dem künftigen Deutschen Reich, das die
 Nationalversammlung schaffen sollte, und einem
 polnischen Nationalstaat gezogen werden sollte. Den
 historischen Hintergrund, der den Abgeordneten in
 140 der Frankfurter Paulskirche sehr präsent war, bildeten
 die drei Teilungen 1772, 1793 und 1795, bei denen
 die drei absolutistischen Nachbarstaaten Polens
 (Preußen, Russland und Österreich) sich das einst

mächtige Polnische Reich einverleibt hatten. Nach
 145 einem Aufstand 1831 in dem von Russland annek-
 tierten Teil Polens gab es in ganz Westeuropa und
 so auch in den deutschen Staaten eine vor allem von
 Demokraten getragene Solidaritätsbewegung, etwa
 beim ► **Hambacher Fest** (1832), wo neben schwarz-
 150 rot-goldenen auch viele rot-weiße polnische Fahnen
 zu sehen waren. In Berlin befreiten die Revolutionäre
 im März 1848 inhaftierte polnische Nationalisten,
 die bald ein Nationalkomitee gründeten, das nicht
 nur die russisch besetzten Teile, sondern auch das
 155 von Preußen annektierte Großherzogtum Posen, das
 nicht zum ► **Deutschen Bund** gehörte (siehe Karte
 S. 62), für einen künftigen polnischen Nationalstaat
 beanspruchte. Von der Bevölkerung des Großher-
 zogtums Posen sprachen rund 800.000 Polnisch
 160 (sie waren überwiegend Katholiken), rund 400.000
 Deutsch (sie waren überwiegend Protestanten) und
 rund 80.000 waren Juden und sprachen meist Jid-
 disch; ein unbekannter, aber vermutlich großer Teil
 der Bevölkerung war mehrsprachig und beherrschte
 165 zwei oder drei der Landessprachen.

Die berühmte „Polendebatte“ der Paulskir-
 che vom 24.–27. Juli 1848 machte deutlich, dass
 die erste kosmopolitische Phase der Revolution, die
 oft als „Völkerfrühling“ bezeichnet wird, vorbei war.
 170 Nur eine kleine Minderheit, deren wichtigster Redner
 der Leipziger Demokrat Robert Blum war, setzte sich
 noch für die friedliche Kooperation der Nationen ein.
 Diese Minderheit unterlag am Ende der Debatte mit 31
 175 gegen 342 Stimmen der antagonistischen Strömung,
 die Kriege zur Lösung der nationalen Interessen-
 gegensätze für unvermeidlich hielt. Ihr wichtigster
 Redner Wilhelm Jordan kam ebenfalls aus dem demo-
 kratischen Spektrum. Gegen den Idealismus Blums
 führte er vor allem machtpolitische Argumente ins
 180 Feld und griff die Polen teilweise mit rassistischen
 Argumenten an. Auszüge aus beiden Reden verdeut-
 lichen die Gegensätze.



ZUM WEITERLESEN

Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes [1983],
 2. Auflage mit einem Nachwort von Thomas Mergel, Frankfurt/M. 2005.

Karl W. Deutsch: Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.

Christian Jansen / Henning Borggräfe: Nation – Nationalität – Nationalismus.
 2. überarb. Aufl. Frankfurt/M. 2020.

Dieter Langewiesche: Der Nationalstaat von 1848/49 in der deutschen Verfassungs- und
 Staatsgeschichte, [https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/revoluton-1848-1849/516986/
 der-nationalstaat-von-1848-49-in-der-deutschen-verfassungs-und-staatsgeschichte/](https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/revoluton-1848-1849/516986/der-nationalstaat-von-1848-49-in-der-deutschen-verfassungs-und-staatsgeschichte/).

LITERATUR

ZWEI AUSZÜGE aus Reden demokratischer Abgeordneter in der „Polendebatte“ der Frankfurter Nationalversammlung, 1848

M1

TEXTAUSZUG

Robert Blum:



Wir werden schwerlich irgend einen Beschluss fassen, bei dem [...] möglicherweise ein Zwispalt entsteht, zwischen den Forderungen der Gerechtigkeit und denjenigen, die das Nationalgefühl macht. [...] Vergessen wir es doch ja nicht, [...] wie viel wir Polen zu danken haben in den früheren Jahrhunderten, und wenn wir jetzt nur zu leicht geneigt sind, die Schattenseite dieses Volkes zu betrachten; vergessen wir doch ja nicht, [...] daß die Gewissensfreiheit nirgends so geschützt war, als in Polen, und daß selbst die verachteten und von der ganzen Welt zurückgestoßenen Juden eine Heimath dort fanden. (Mehrere Stimmen: Bravo!) [...] Denen aber, die so sehr bereit sind, heute das polnische Volk in den möglichst tiefen Schatten zu stellen, ihm alle Tugend abzusprechen, und alle Laster ihm anzuhängen, (Unruhe auf der Rechten) muß ich zuzurufen, sie sollen nicht vergessen, daß wir einen großen Theil der Schuld daran tragen. Das Volk ist seit achtzig Jahren zerrissen, geknebelt und unterdrückt, und wir haben es beraubt seiner inneren Kraft und seines Landes und seiner Selbstständigkeit und seiner Freiheit. [...]

15 Wenn wir hier die Angelegenheiten der europäischen Politik, Angelegenheiten von dem gewaltigsten Gewichte nicht bloß für unser Vaterland, sondern für das gesammte Europa entscheiden, nach welchem Principe handeln Sie denn da? Ist es die territoriale Auffassung der Dinge, die Sie bestimmt, wie das z.B. hinsichtlich Schleswig-Holstein's [...] der Fall gewesen zu sein scheint? [...]

20 Oder ist es der National-Gesichtspunkt, der Sie leitet? – Nun, dann seien Sie auf der andern Seite so gerecht, und wenn Sie Polen durchschneiden, um die Deutschen zu reclamiren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, [...] und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland. – [...] Entweder das Eine oder das Andere ist richtig, denn sich die Politik zurechtmachen in der Art und Weise,

25 wie Sie Einem eben für den Augenblick paßt, das ist nach meiner Ansicht gar keine Politik.

M2

TEXTAUSZUG

Wilhelm Jordan:



Eine Frage von gleicher europäischer Berühmtheit haben Sie noch nicht zu
 beantworten gehabt. [...] Die Frage in Betreff der Scheidungslinie reducirt
 sich auf die Frage: soll eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regie-
 5 de gehören, oder sollen sie in der secundären Rolle naturalisirter Ausländer
 in die Unterthänigkeit einer andern Nationalität, die nicht soviel humanen
 Inhalt hat, als das Deutschthum, gegeben und hinausgestoßen werden in
 die Fremde? – Wer die letztere Frage mit Ja beantwortet; wer da sagt, wir
 sollen diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter
 10 polnische Regierung stellen, den halte ich mindestens für einen unbewuß-
 ten Volksverräther. (Bravo!) [...] – Ich weiß nur zu wohl, meine Herren, daß
 ich, indem ich in dieser Sache im Sinne des Ausschusses spreche, mich mit
 einem großen Theile derer in Gegensatz stelle, mit denen ich in andren
 15 Fragen zusammen gegangen bin. Ebenso ist es mir nicht unbekannt, daß
 ich damit gegen den Strom der öffentlichen Meinung in einem großen Thei-
 le Deutschland's anschwimme. [...] Es hat mit dieser Sympathie für Polen
 überhaupt eine eigentümliche Bewandniß. Sie befolgt so zu sagen, ein geo-
 graphisches Gesetz, das heißt, man findet sie in demselben Maaße zu- und
 abnehmend, je weiter man sich nach Westen oder Osten entfernt. Dieser
 20 Umstand, daß man die Polen desto mehr lieb hat, je weiter man von ihnen
 entfernt ist, und je weniger man sie kennt, und desto weniger, je näher man
 ihnen rückt (Bravo von der Rechten, Zischen von der Linken), dieser Um-
 stand, sage ich, muß jedenfalls die Vermutung erregen, dass diese Zunei-
 25 gung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzuge des polnischen Charakters
 beruht, als vielmehr auf einem gewissen kosmopolitischen Idealismus. [...] Polen
 bloß deßwegen herstellen zu wollen, weil sein Untergang uns mit ge-
 rechter Trauer erfüllt, das nenne ich eine schwachsinnige Sentimentalität.
 (Bravo von der Rechten, Zischen von der Linken.) [...]

Meine Herren! Wenn ich ausgesprochen haben werde, werden Sie vielleicht
 30 nicht mehr zischen; denn ich bemerke, daß ich so spreche, nicht, obgleich,
 sondern weil ich ein Demokrat bin. [...] Sie sagen: die politische Klugheit
 rathe, die Gerechtigkeit fordere, die Humanität gebiete die Herstellung eines
 freien Polens. – Erlauben Sie, daß wir uns diese Gründe etwas näher an-
 sehen. [...] Der erste Tag eines selbstständigen Polenreichs wäre der erste
 35 Tag eines Kampfes auf Tod und Leben mit uns, denn in unserer Zeit kann
 kein Land als selbstständiger Staat existiren ohne Seeküsten, [...]. Aber wenn

wir auch trotz aller dieser Gründe gewiß wären, Polen frei zu geben, so bliebe immer noch die große Frage, ob Polen auch im Stande sein würde, seine Selbstständigkeit von Rußland zu erringen. Ich bin vom Gegentheile überzeugt. Eine solche Freigabe würde entweder ein Geschenk sein, dessen sich Rußland bald bemächtigen dürfte, oder es würde uns, falls wir dieß nicht zugäben, mit Rußland in einen Krieg verwickeln. [...] Ich sage, die Politik, die uns zuruft: gebt Polen frei, es koste, was es wolle, ist eine kurzsichtige, eine selbstvergessene Politik, eine Politik der Schwäche, eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit. Es ist hohe Zeit für uns, endlich einmal zu erwachen, aus jener träumerischen Selbstvergessenheit, in der wir schwärmten für alle möglichen Nationalitäten, während wir selbst in schmachtvoller Unfreiheit darniederlagen und von aller Welt mit Füßen getreten wurden, zu erwachen zu einem gesunden Volksegoismus, um das Wort einmal gerade heraus zu sagen, welcher die Wohlfahrt und Ehre des Vaterlandes in allen Fragen oben anstellt. [...] Ja, wir haben erobert. die Deutschen haben polnische Länder erobert, aber diese Eroberungen sind auf einem Wege, auf eine Weise geschehen, daß sie nicht mehr zurückgegeben werden können. Es sind, wie man es schon so oft gesagt hat, nicht sowohl Eroberungen des Schwerdtes, als Eroberungen der Pflugschaar. [...] Posen ist keineswegs erst verdeutscht seit der Theilung Polens unter den Flügeln des preußischen Adlers. Wenn die polnischen Edelleute von dem Ertrage ihrer von Leibeignen schlecht bewirtschafteten Ländereien ihre übermäßig gesteigerten Luxusbedürfnisse nicht mehr bestreiten konnten, dann zogen sie deutsche Pächter in das Land, die es verstanden, mit deutscher Kraft und Ausdauer dem Boden den doppelten Ertrag abzugewinnen, und den adeligen Herrn so lange Vorschüsse machten, bis ein großer Theil der Güter [...] ihr Eigenthum wurde. Das ist die Art wie der Deutsche dort erobert hat. Wer noch nie Gelegenheit gehabt hat, ein deutsches Landgut zu vergleichen mit einem benachbarten polnischen, dem spreche ich geradezu die Kompetenz ab, in dieser Frage mitzureden. (Bravo auf der Rechten.) [...] Die Übermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slavischen Stämme, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des russischen, ist eine Thatsache, die sich jedem unbefangenen Beobachter aufdrängen muß, und gegen solche, ich möchte sagen, naturhistorische Thatsachen lässt sich mit einem Decrete im Sinne der kosmopolitischen Gerechtigkeit schlechterdings nichts ausrichten. Das ist ein Satz, der so feststeht, wie für uns der Erdball selbst. (Gelächter auf der Linken und im Zentrum.) Ich behaupte also, die deutschen Eroberungen in Polen waren eine Naturnothwendigkeit. Das Recht der Geschichte ist ein anderes, als das der Compendien. Es kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein Volksthum durch seine bloße Existenz noch kein Recht hat auf politische Selbstständigkeit, sondern erst durch die Kraft sich als Staat unter andern zu behaupten. Der letzte Act dieser Eroberung, die viel verschrieene Theilung Polens, war nicht, wie man sie genannt hat, ein Völkermord, sondern weiter nichts als die Proclamation eines bereits erfolgten Todes, nichts als die Bestattung einer längst in der Auflösung begriffenen Leiche [...].«

(Stenogr. Bericht 1848-49: 1141-1148)

► Zur Rede von Robert Blum

Schleswig und Holstein (► **siehe Karte auf S. 62**) waren Herzogtümer. 1460 akzeptierten die Adeligen beider Länder den dänischen König Christian I. als Landesherrn und er gelobte, dass die beiden Herzogtümer „auf ewig ungeteilt“ bleiben sollten. Beim Wiener Kongress 1815 entschieden die europäischen Fürsten, dass Holstein ein Teil des Deutschen Bundes sein sollte, Schleswig nicht. Im März 1848 bildete sich aber eine gemeinsame provisorische Regierung, die sich dafür einsetzte, dass auch Schleswig einen Abgeordneten zu den Wahlen der Nationalversammlung entsenden sollte. Als dänische Truppen daraufhin in Schleswig einmarschierten, rief die Kieler Regierung Preußen um militärische Hilfe an. In diesem Punkt war man sich in Frankfurt zumindest einig: sowohl der Bundestag (also die Fürsten), als auch die Nationalversammlung (das gewählte Parlament) befürworteten das militärische Eingreifen Preußens.

M1 INFOBOX

Zur Vertiefung und als Vorbereitung auf einen Essay geht's hier zum Podcast „Was geschah mit Robert Blum?“

► Louis-Eugène Cavaignac

Louis-Eugène Cavaignac war ein französischer General, der vor allem durch die Niederschlagung der algerischen Befreiungskriege innerhalb Frankreichs einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hatte. So wurde er zum Gouverneur von Algerien und in der Julimonarchie auch Mitglied der Nationalversammlung. Im Juni 1848 kam es zu einem großen Aufstand der Arbeiterschaft in Paris, den Cavaignac äußerst brutal und effizient niederschlagen ließ.

M3 INFOBOX





M3

◀ BILDQUELLE

Alphons von Boddien und Eduard Gustav May: Karikatur auf Robert Blum und Eugène Cavaignac, Frankfurt am Main 1848. „Sir Robert ergreift die ausgestreckte Bruderhand – in Folge dessen löst sich sofort die ganze französische Armee auf“.

Aufgaben und Fragen

 Einzelübung

 ca. 90 min



1

Warum bezieht sich Robert Blum → **M1** in seiner Rede vor dem Parlament auf Schleswig?

2

Definieren Sie, was Wilhelm Jordan → **M2** mit „Volksegoismus“ meint.

3

Fassen Sie die Argumente der beiden Reden in eigenen Worten zusammen. Finden Sie darin Aspekte einer politischen oder essenzialistischen Definition von „Nation“?

4

Welche Rolle spielt diese Debatte in Bezug auf das sich herausbildende Konzept von Europa?

Beziehen Sie die Karikatur → **M3** in Ihre Überlegungen ein.

Wie werden die Personen dargestellt und welcher Eindruck wird dadurch den Betrachtenden vermittelt?

5

Der französische Philosoph Ernest Renan hält 34 Jahre später an der Universität Sorbonne den Vortrag „Was ist eine Nation?“ und setzt sich dabei mit dem Prozess der europäischen Nationenbildung auseinander. Er bemerkt in dieser Rede:



Das Vergessen – ich möchte fast sagen: der historische Irrtum – spielt bei der Erschaffung einer Nation eine wesentliche Rolle, und daher ist der Fortschritt der historischen Erkenntnis oft für die Nation eine Gefahr.“

Verfassen Sie einen kurzen Text, in dem Sie zu dieser Aussage Stellung beziehen. Sie können dabei die **Karte des Deutschen Bundes** (auf S. 62) oder Argumente der beiden Reden → **M1** und → **M2** einbeziehen.

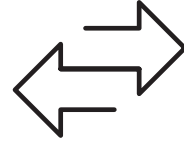
Transfer und Diskussion



2er/3er- Gruppenübung



45 min



Wir leben in einer Weltordnung, die vor allem durch Nationalstaaten organisiert ist: Sie entscheiden darüber, wo Bewegungsgrenzen von Individuen und kollektive Grenzen der offiziellen Sprachen verlaufen, wie Steuern erhoben werden, wer in welcher Form politischen Einfluss auf diese Entscheidungen und wer Sozialleistungen in Anspruch nehmen kann. Anders als sogenannte „natürliche Grenzen“ wie Gebirge oder Flüsse sind Nationalstaaten vollständig von Menschen gemacht und insofern wirksame Konstrukte.

Wie würden Sie heute „Nation“ definieren?

METHODISCHER VORSCHLAG:

Nutzen Sie diese Kopiervorlage, um für Ihren Unterricht Moderationskarten zu erstellen. Jede:r Schüler:in wählt spontan eine Karte mit einer der folgenden Aussagen aus. Zunächst tauschen sich Schüler:innen in 2er/3er-Gruppen über ihre Auswahl aus.

Sie sollen ihre eigene Auswahl dabei begründen und jene der anderen Kleingruppenmitglieder hinterfragen.

Die abschließende, vertiefende Auseinandersetzung mit dieser Frage eignet sich zum Üben essayistischer Textformen.

Eine Nation besitzt eine gemeinsame Sprache	Eine Nation besitzt eine gemeinsame Religion	Eine Nation setzt eine gemeinsame Vergangenheit voraus
Eine Nation bezieht sich auf ein bestimmtes Territorium	Eine nationale Gemeinschaft wird durch gemeinsame Landschaftswahrnehmungen geprägt	
Eine Nation kann nur bestehen, wenn sie von anderen Nationen als solche anerkannt wird	Eine Nation kann nur bestehen, wenn sie wehrhaft gegen äußere Angriffe ist	Nationen garantieren individuelle Freiheiten
Eine Nation ist eine Gemeinschaft aufgrund wesentlicher gemeinsamer Interessen	Eine Nation ist eine Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Programm für die Zukunft	
Nationen konstruieren Grenzen	Nationen treten unweigerlich in Konflikte miteinander	Nationen garantieren Individuen Sicherheit
Eine Nation ist eine Solidargemeinschaft	Eine Nation ist eine Gruppe von Menschen, die sich auf eine bestimmte politische Organisationsstruktur geeinigt hat	
Eine Nation setzt eine gemeinsame Vergangenheit und gemeinsames Vergessen voraus	Nationalität beinhaltet Emotionalität	



▶ PRAXISTEIL

FRAUENFRAGE UND SOZIALE FRAGE

Susanne Schötz / Franziska Deutschmann

1 ALLGEMEINE EINFÜHRUNG

Den unermüdlich propagierten, im 19. Jahrhundert weit verbreiteten bürgerlichen Geschlechtervorstellungen zufolge galt für Frauen das Wirken im inneren Kreis des Hauses, der sogenannte weibliche Beruf der Gattin, Hausfrau und Mutter, als angemessen, während Männern die Außenwelt des Erwerbs, des allgemeinen öffentlichen Lebens, der Wissenschaft und der Politik zukommen sollte. Männer besaßen als Ehe- und Familienoberhaupt zudem in allen Angelegenheiten das ▶ **Letztentscheidungsrecht**. War das öffentliche Wirken von Frauen überhaupt vorstellbar, dann allenfalls im Rahmen von Wohltätigkeitsvereinen oder -aktionen, gleichsam als in die Öffentlichkeit ausgeweitete weibliche Fürsorglichkeit unter männlicher Führung. Doch in allgemeine öffentliche Belange und politische Fragen sollten sich Frauen nicht einmischen und schon gar nicht eigenständig auftreten.

25 Begründet wurden diese binär und hierarchisch gedachten Geschlechterrollen vor allem biologisch, mit der sog. natürlichen Wesensverschiedenheit von Männern und Frauen. Männern wurde aufgrund ihres tendenziell kräftigeren Knochenbaus,

30 strafferer Muskeln und größerer Schädel im Allgemeinen erhöhte Tatkraft und Mut sowie größerer Verstand zugeschrieben. Dagegen attestierte man Frauen aufgrund ihrer Gebärfähigkeit, ihrer häufig zierlicheren Gestalt, ihres „weicheren Fleisches“ und ihrer vermeintlich kleineren Gehirne meist größere Emotionalität und Aufopferungsfähigkeit, aber auch „Flatterhaftigkeit“, Passivität, geringeres Selbstvertrauen und einen weniger weitblickenden, eingeschränkten Verstand. So schienen Männer und Frauen unterschiedliche Wesen mit unterschiedlichen Geschlechtscharakteren zu sein; sie repräsentierten Stärke und Schwäche, Geist und Gefühl, Kultur und Natur. Das prädestinierte sie scheinbar für unterschiedliche Zuständigkeiten und Wirkungsbereiche.

45 Allerdings waren derartige Zuschreibungen wenig vereinbar mit der Lebensrealität breiter Bevölkerungsschichten. Denn so wenig wie die meisten Männer in den schwierigen Jahrzehnten des Übergangs zur Industriegesellschaft und insbesondere während der Pauperismus-Krise im Vormärz in der Lage waren, als Alleinernährer ein ausreichendes Familieneinkommen zu erzielen, so wenig konnten sich die meisten Frauen ausschließlich ihren

Familien widmen. Die Mehrheit aller Frauen musste
 55 jede sich nur bietende Möglichkeit wahrnehmen,
 um zumindest phasenweise zum Familieneinkom-
 men beizutragen. Vor allem Witwen und Waisen,
 geschiedene und sonstige alleinlebende Frauen
 aus unteren und mittleren Schichten gerieten bei
 60 Arbeitslosigkeit rasch in ausweglose Situationen,
 zumal, wenn sie Kinder hatten. Sie waren dann von
 der Zwangseinweisung in ► **Armen- und Arbeits-**
häuser oder der Ausweisung und Abschiebung in
 ihre Heimatgemeinden bedroht. Das Armutsrisiko
 65 war für Frauen aufgrund der traditionell um die
 Hälfte geringeren Frauenlöhne viel höher als das
 von Männern.

Doch auch die kursierenden bürgerlichen
 Ideen eines selbstbestimmten Lebens und einer
 70 auf Recht und Gesetz, auf politischen Mitbestim-
 mungsrechten und der Souveränität des Volkes be-
 ruhenden Gesellschaftsordnung passten nicht zum
 Ausschluss der Frauen aus all dem. So verwundert
 es nicht, wenn die wachsende allgemeine Politisie-
 75 rung im Vormärz auch Frauen erfasste und man
 vereinzelt bereits die eingeschränkte, zum Teil völlig
 rechtlose Situation des weiblichen Geschlechts in
 Ehe und Familie, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat
 diskutierte.

Mit der Erringung der Presse-, Versamm-
 lung- und Koalitionsfreiheit im März 1848 öffneten
 sich neue Artikulationsmöglichkeiten und Hand-
 lungsspielräume für Männer wie Frauen. Tatsächlich
 verliehen auch Frauen ihrem Wunsch nach politi-
 85 scher Veränderung auf vielfache Weise Ausdruck:
 mit dem Anfertigen, Tragen und Verkaufen schwarz-
 rot-goldener oder roter Kokarden, Bänder und Schals,
 mit dem Sticken von Bürgerwehr- oder Freischär-
 ler-Fahnen und der Teilnahme an Fahnenweihen,
 90 Volksversammlungen und Revolutionsfesten, mit
 dem Besuch der Damentribünen des Paulskirchen-
 parlaments in Frankfurt am Main und von Länder-
 kammern, mit der Gründung von Frauenvereinen
 unterschiedlicher Zielsetzung – spezifischen zur
 95 Förderung der heimischen Industrie, zum Aufbau
 einer deutschen Flotte, zur Ausrüstung von Bür-
 gerwehren oder zum Spendensammeln für Schles-
 wig-Holstein, von freireligiösen Frauenvereinen zur
 Förderung der Frauenbildung oder demokratischen

100 Frauenvereinen zur Pflege der Gräber gefallener und
 hingerichteter Revolutionäre oder zur Unterstützung
 von Gefangenen oder Flüchtlingen und deren Fami-
 lien. Frauen verfassten und unterschrieben auch
 Adressen, Petitionen und Aufrufe, betätigten sich
 105 als politische Journalistinnen, Redakteurinnen und
 Schriftstellerinnen, waren bei Katzenmusiken und
 Aufruhr zugegen und beteiligten sich an Barrikaden-
 kämpfen und bewaffneten Freischaren.

Dass Frauen während der Revolution von
 110 1848/49 öffentlich als politische Subjekte agierten
 und damit zeitweilig die Geschlechtergrenzen aus-
 dehnten und zum Teil überschritten, ist unbestreit-
 bar. Dennoch fällt die Beurteilung ihrer Teilhabe
 und ihres Einflusses auf den Verlauf der Revolution
 115 schwer. Fest steht, dass ihnen in fast keinem Bereich
 eine gleichberechtigte Teilhabe möglich war. Sie be-
 saßen kein Wahlrecht und erhielten es auch nicht
 von den Gremien der Revolution. Sie blieben damit
 von der Möglichkeit ausgeschlossen, als Abgeord-
 120 nete an politischen Entscheidungen mitzuwirken,
 was allerdings auf die meisten Männer ebenfalls
 zutraf. Frauen blieb auch, und das wog stärker, die
 Mitgliedschaft im sich allerorten rasch entfaltenden
 politischen Vereinswesen der Männer verwehrt, in
 125 den Vaterlandsvereinen der Demokratiebewegung
 ebenso wie den liberalen Deutschen Vereinen oder
 konservativen Vereinen für Krone und Vaterland.
 Nur die ► **Arbeiterverbrüderung** und wenige andere
 Vereine sahen die gleichberechtigte Teilnahme der
 130 Frauen „mit Sitz und Stimme“ vor.

Wollten sich Frauen während der Re-
 volution engagieren, mussten sie eigene Vereine
 gründen – aber dem bisherigen Wissen nach war
 die Zahl der Frauenvereine im Vergleich zu der der
 135 Männervereine gering. Das trifft ebenso auf die von
 Frauen eingereichten Petitionen und Adressen, auf
 die von ihnen publizierten Zeitungsartikel oder ge-
 gründeten Zeitungen zu. So befanden sich unter den
 mehr als 1800 Eingaben, die an die sog. Sächsische
 140 Arbeiterkommission gerichtet waren, lediglich vier,
 die Frauen eingereicht hatten. Und unter den in der
 preußischen Hauptstadt Berlin zwischen März 1848
 und Ende 1849 rund 100 neu entstandenen politi-
 schen Zeitschriften und Zeitungen wurde nur eine
 145 einzige kurzzeitig von einer Frau herausgegeben.

In diesem großen Ungleichgewicht drückt sich die tief verankerte, gleichsam eingefleischte Überzeugung der Mehrheit der Männer wie Frauen aus, dass Politik Männersache sei.

150 Frauen, die teilhaben wollten, mussten, so Marion Freund, in der Revolution von 1848/49 an zwei Fronten kämpfen: Gegen die reaktionäre Obrigkeit und gegen eine durch und durch patriarchale Gesellschaft, die das öffentliche Auftreten von Frauen
155 als Widerspruch zu ihrer „weiblichen Bestimmung“ verstand. Sie waren stets in Gefahr, dass ihr Handeln banalisiert oder als unangemessen kritisiert, der Lächerlichkeit preisgegeben oder herabsetzend kommentiert wurde. Das galt vor allem dann, wenn
160 sie sich eigenständig zu Wort meldeten, selbst wenn sie keine anderen politischen Ziele als die Männer vertraten – was vermutlich auf die Mehrheit aller Frauen und nahezu aller politischen Lager zutraf. So mussten Frauen im Verlauf der Revolution erkennen,
165 dass sie fast gänzlich von den Freiheits- und Gleichheitspostulaten der Männer ausgeschlossen waren. Die Gewährung von Frauenrechten stand nicht auf der Tagesordnung der Herren Revolutionäre.

Vor diesem frauenfeindlichen Hintergrund
170 wagte es nur eine kleine Minderheit, auf die Unrechtssituation des eigenen Geschlechts hinzuweisen, spezifisch weibliche Interessen zu vertreten und Teilhaberechte für Frauen einzufordern. Das Demokratieverständnis dieser Frauen war wesentlich
175 breiter als das vieler männlicher Revolutionäre, es beinhaltete neben der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft auch die Demokratisierung der Geschlechterbeziehungen. Einige dieser Frauen begannen sich nun zu vernetzen; Anfänge einer Frauenbewegung wurden sichtbar. So bei der Schaffung
180

eines Netzwerkes von Frauenvereinen zur Unterstützung inhaftierter und verfolgter Demokraten im Frühsommer 1849 im deutschen Südwesten, bei der Gründung der „Hochschule für das weibliche
185 Geschlecht“ in Hamburg 1850 oder im Umfeld der von Louise Otto-Peters seit April 1849 herausgegebenen „Frauen-Zeitung“.

Wie scharf aber jegliches öffentliches Engagement von Frauen in der Revolution von 1848/49
190 beobachtet und wie bedrohlich insbesondere frauenemanzipatorisches Denken für die existierende Staats- und Gesellschaftsordnung bewertet wurde, verdeutlichen die Reaktionen des staatlichen Machtapparates nach der Niederschlagung der Revolution.
195 Mit neuen Vereins-, Versammlungs- und Pressegesetzen sorgten fast alle Staaten des Deutschen Bundes dafür, dass Frauen künftig weder an Vereinen und Versammlungen teilnehmen durften, die politische Inhalte behandelten, noch verantwortliche
200 Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften sein konnten. Damit wurden die Teilhabe- und Wirkungsmöglichkeiten von Frauen in der politischen Öffentlichkeit auf Jahrzehnte beschränkt oder behindert. Die Erfahrungen von 1848/49 waren dennoch wesentlich
205 für die Formierung der Frauenbewegung in Deutschland; sie trugen nicht zur Befestigung der Geschlechterordnung bei, sondern vertieften deren Risse.



ZUM WEITERLESEN

Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, 363–393.

Rüdiger Hachtmann: „...nicht die Volksherrschaft auch noch durch Weiberherrschaft trüben“ – der männliche Blick auf die Frauen in der Revolution von 1848, in: WerkstattGeschichte 20, 7. Jg. 1998, S. 5–30.

Gabriella Hauch: Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848, in: D. Dowe/H.-G. Haupt/D. Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 841–900.

Sabine Kienitz: Frauen, in: Christoph Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.): 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main und Leipzig 1998, S. 272–285.

Carola Lipp: 1848/49 – Emotionale Erhebung und neue Geschlechterbeziehung?, in: Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz (Hg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution 1848/49, o.O. 1999, S. 55–67.

Sylvia Paletschek: Einschluß im Ausschluß? Überlegungen zur politischen Partizipation von Frauen 1848/49 und zum Verhältnis von Frauenemanzipation und Revolution, in: Gabriella Hauch/Maria Mesner (Hrsg.): Vom „Reich der Freiheit ...“ Liberalismus. Republik. Demokratie. 1848–1998, Wien 1999, S. 73–83.

Marion Freund: „Mag der Thron in Flammen glühn!“ Schriftstellerinnen und die Revolution von 1848/49, Königsein/Taunus 2004.

Johanna Ludwig: Eigner Wille und eigne Kraft. Der Lebensweg von Louise Otto–Peters bis zur Gründung des ADF 1865, Leipzig 2014.

Kerstin Wolff: Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. 1848/49, 13. Februar 2023. www.bpb.de/518140.

Henning Türk: Begrenzte Politisierung. Die weiblichen Zuschauer im Paulskirchenparlament während der Märzrevolution 1848/49, in: „Wohlauf denn, meine Schwestern“. Die 1848/49er Revolution und ihre Geschlechterverhältnisse (= Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Heft 79 / Mai 2023), S. 7–27.

Susanne Schötz: Organisation der Arbeit, Humanität, Frauenrechte. Louise Otto in der Revolution von 1848/49, in: „Wohlauf denn, meine Schwestern“. Die 1848/49er Revolution und ihre Geschlechterverhältnisse (= Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Heft 79 / Mai 2023), S. 104–123.

LITERATUR

EINFÜHRUNG zu den Arbeitsblättern

Die hier präsentierten Quellen stehen für die Verquickung von Frauenfrage und sozialer Frage in der Revolution von 1848/49.

Ihr gemeinsamer historischer Hintergrund besteht in der besonders angespannten sozialökonomischen Situation im Königreich Sachsen, einem Pionierland der Industriellen Revolution. Hier setzte sofort nach errungener Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit eine öffentliche Diskussion der drängendsten sozialen Probleme in ungekannter Breite und Intensität ein. Bereits in den letzten Märztagen bildeten Handwerksgesellen und Arbeiter spontan örtliche Gewerbeausschüsse, um über ihre Forderungen zu beraten, so in Leipzig die Mechaniker, Schlosser und Schmiede, Schriftsetzer, Buchdrucker und Zigarrenmacher.

In dieser Situation kündigte der neue, liberale sächsische Innenminister Martin Oberländer am 3. April 1848 an, eine paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Staatsbürokratie zusammengesetzte Kommission einsetzen zu wollen, die sog. Arbeiterkommission. Sie sollte Vorschläge zur „Organisation der Arbeit“, d.h. für eine Gewerbereform erarbeiten. Ihre Notwendigkeit ergab sich aus einer strukturell disparaten sächsischen Wirtschaftsordnung mit fehlender Gewerbefreiheit und Zunftzwang einerseits und Förderung der Fabrik- und Hausindustrie durch Gewährung von Ausnahmen andererseits. Sie resultierte zusätzlich aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation nach der Hungerkrise und den Teuerungen von 1846/47 und der sich anschließenden konjunkturellen Handels- und Gewerbekrise mit mehr als 60.000 Arbeitslosen im Königreich.

Dem Aufruf Oberländers folgend, bildeten sich nun aller Orten Ausschüsse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, um über ihre Interessen zu beraten und Vertreter für die Arbeiterkommission zu wählen. Die Quellenbeispiele verdeutlichen, dass unter dem Eindruck allgemeiner Politisierung auch unter Frauen ein Verständigungsprozess über ureigenste sozialökonomische Interessen einsetzte. Sie dokumentieren frühes ► **feministisches** Engagement ebenso wie die Spannweite öffentlicher, zum Teil extrem ► **sexistischer**, ► **antifeministischer** Reaktionen.

Arbeitsblatt 1 zum Thema „Frauenfrage und Soziale Frage“ in der Revolution 1848/49

▶ Adresse eines Mädchens, 1848

Die Schriftstellerin und Dichterin Louise Otto-Peters, geb. 1819 im sächsischen Meißen, war seit ihrem ersten Besuch in industriellen Spinnereien des Erzgebirges 1840 zutiefst vom Elend und der Not des Proletariats berührt. Über die Notwendigkeit, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen zu verbessern, äußerte sie sich seitdem in Zeitungsartikeln, Gedichten und auch in ihrem sozialkritischen Roman „Schloss und Fabrik“. Er erzählt die Geschichte eines blutig niedergeschlagenen Aufstandes verzweifelter Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen gegen ihre Ausbeuter und durfte 1846 nur zensiert erscheinen.

Nach dem Ausbruch der Märzrevolution 1848 hielt es Louise Otto-Peters für eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Revolutionsregierung, für eine Verbesserung der Situation der Arbeitenden zu sorgen. Sofort schrieb sie darüber wieder in verschiedenen Zeitungen. Aber ihre öffentlich publizierte Adresse war mehr als nur ein Artikel in irgendeiner Zeitung. Sie knüpfte damit an die Adressenbewegung der Märzrevolution an, als Oppositionelle ihre politischen Forderungen in Form öffentlicher Denkschriften, sog. Adressen, an die Regierungen gerichtet hatten. Genau das tat Louise Otto Peters nun, als sie sich mit einer Adresse an den neuen liberalen sächsischen Innenminister, die von ihm anberaumte sog. Arbeiterkommission und an die Arbeiter:innen wandte. Sie erzielte damit ihren ersten überregionalen Aufmerksamkeitserfolg in der Revolution von 1848/49.



Kurzbiografie und Info zu **Louise Otto-Peters**:

[www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/revolution-1848-1849/517883/
louise-otto-peters/](http://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/revolution-1848-1849/517883/louise-otto-peters/)

M1**INFOBOX**

ADRESSE EINES MÄDCHENS an den hochverehrten Herrn Minister Oberländer, an die durch ihn berufene Arbeiterkommission und an alle Arbeiter

M1

TEXTAUSZUG

Meine Herren!



Indem ich mir erlaube, eine Adresse an Sie zu richten, welche weiter keine Unterschrift trägt als den einfachen Namen eines Mädchens, so kann diese Freiheit nur entschuldigt werden durch das unbegrenzte Vertrauen, welches ich in das
5 Ministerium des Innern setze, durch die Wichtigkeit, welche ich der Arbeiterkommission beilege und durch den Anteil, welchen ich von jeher an dem Lose der arbeitenden Klassen genommen habe.

Meine Herren! Missverstehen Sie mich nicht: Ich schreibe
10 diese Adresse nicht trotzdem, dass ich ein schwaches Weib bin - ich schreibe sie, weil ich es bin. Ja, ich erkenne es als meine heiligste Pflicht, der Sache Derer, welche nicht den Mut haben, dieselbe zu vertreten, vor Ihnen meine Stimme zu leihen. Sie werden mich deshalb keiner Anmaßung zeihen können, denn die Geschichte aller Zeiten hat es gelehrt,
15 und die heutige ganz besonders, dass Diejenigen, welche selbst an ihre Rechte zu denken vergessen, auch vergessen wurden. Darum will ich Sie an meine armen Schwestern, an die armen Arbeiterinnen mahnen!

Meine Herren - wenn Sie sich mit der großen Aufgabe unserer
20 Zeit: mit der Organisation der Arbeit, beschäftigen, so wollen Sie nicht vergessen, dass es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisieren, sondern dass Sie dieselbe auch für die Frauen organisieren müssen.

Sie wissen es alle, dass unter den vorzugsweise sogenannten
25 arbeitenden Klassen die Frauen so gut wie die Männer für das tägliche Brot arbeiten müssen. Ich will mich hier nicht dabei aufhalten, nachzuweisen, wie, weil die Frauen nur zu wenig Arten von Arbeiten zugelassen sind, die Konkurrenz in denselben die Löhne so herabgedrückt hat, dass, wenn man
30 das Ganze im Auge behält, das Los der Arbeiterinnen noch

ein viel elenderes ist als das der Arbeiter. Sie werden es alle wissen, dass es so ist, und wenn Sie es noch nicht wissen, so setzen Sie Kommissionen ein, die es Ihnen werden bestätigen müssen. - Nun kann man zwar sagen: Wenn die Männer künftig besser als jetzt bezahlt werden, so können sie auch besser für ihre Frauen sorgen und diese sich der Pflege ihrer Kinder widmen, statt für andere zu arbeiten. Einmal, fürchte ich, wird das Los der arbeitenden Klassen nicht gleich in diesem Maße verbessert werden können, und dann bleibt immer noch die große Schar der Witwen und Waisen, auch der erwachsenen Mädchen überhaupt, selbst wenn wir die Gattinnen und Mütter ausnehmen. Ferner heißt dies aber auch, die eine Hälfte der Menschen für Unmündige und Kinder erklären und von den andern ganz und gar abhängig machen. Es heißt dies, um es gerade herauszusagen: die Sittenlosigkeit, das Verbrechen begünstigen. Ein Mädchen, das als Arbeiterin ihr Dasein nur kümmerlich fristen kann, wird ihr ganzes Bestreben darauf richten, einen Mann zu bekommen, durch den sie diesem Sorgen enthoben wird - ist sie schon verderbt, so gibt sie sich aus Berechnung dem ersten besten Mann hin, damit er sie, wenn auch nicht um ihrer selbst, doch um ihres Kindes willen heirate - oder wenn sie auch nicht so tief gesunken, heiratet sie doch den ersten besten, gleichviel ob sie ihn liebt und zu ihm passt oder nicht. Auf alle Fälle wird die Zahl der unglücklichen, unmoralischen, leichtsinnig geschlossenen Ehen, der unglücklichen Kinder und der unglücklichsten Proletarierfamilien auf eine bedenkliche Weise gerade dadurch vermehrt, dass das Los der alleinstehenden Arbeiterinnen ein so trauriges ist. Ich habe hier noch gar nicht auf die schlimmste Folge des weiblichen Proletariats aufmerksam gemacht - es ist die Prostitution. Ich erröte, dass ich dies Wort vor Ihnen nennen muss - aber mehr noch als darüber erröte ich über die sozialen Zustände eines Staats, der Tausenden seiner armen Töchter kein anderes Brot zu geben vermag als das vergiftete eines scheußlichen Gewerbes, das sich auf das Laster der Männer gründet! Meine Herren! im Namen der Moralität, im Namen des Vaterlandes, im Namen der Humanität fordere ich Sie auf: Vergessen Sie bei der Organisation der Arbeit die Frauen nicht!



Abdruck der Quelle - Orthographie angepasst, Leipziger Arbeiter-Zeitung, Nr. 4, 20. Mai 1848, S. 1 (gekürzt).

Arbeitsblatt 2

Für Schüler:innen zum Thema Frauenfrage und soziale Frage bzw. Feminismus / Antifeminismus in der Revolution 1848/49

DER DIENSTMÄDCHENVEREIN IN LEIPZIG, 1848

Auch Leipziger Dienstmädchen nutzten die politischen Errungenschaften der Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, um gemeinsam über ihre Situation zu beraten und ihren Forderungen nach Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Sie waren 1849 mit einer Zahl von mehr als 5.000 die größte weibliche Erwerbstätigengruppe bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60.000. Ihre Tätigkeiten waren vielfältig. Sie reichten vom Stuben-, Haus-, Küchen- oder Kindermädchen über die Tätigkeit als Köchin bis hin zur Magd und damit „Mädchen für alles“ in kleinen und mittleren gewerblichen Betrieben des Handels, Handwerks und Gastgewerbes. Was sie einte, war, dass sie den persönlich besonders einschränkenden Regelungen der Gesindeordnung unterstanden. Sie lebten im Haushalt ihrer Dienstherrschaft, der sie „ihre ganze Zeit und Tätigkeit“ zu widmen hatten.

Schon Anfang April 1848 wandten sich einige von ihnen an die Öffentlichkeit, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Das entfachte eine kontroverse Debatte über die Legitimität ihrer Forderungen in verschiedenen Leipziger Zeitungen.

Für den 16. April 1848 luden drei namentlich unterzeichnende Dienstmädchen zu einer ersten öffentlichen Sitzung im Saal des Colosseums ein.

Nach unterschiedlichen Zeitungsberichten erschienen zwischen 50 und 300 Dienstmädchen, „bei einem kaum zu bewältigenden Andrang der Männerwelt“. Nach einer Besprechung gemeinsamer Forderungen erfolgte die Gründung des Dienstmädchenvereins. Eine Welle der Entrüstung über die „Frechheit“ der dort versammelten Dienstmädchen verbreitete sich über die Zeitungen der Stadt. Die zweite Versammlung am 23. April 1848 fand noch statt, doch waren nur noch sehr wenige Dienstmädchen gekommen. Sie wurde von einem Mann, Johannes de Marle, geleitet, Deutschkatholik, Demokrat und Herausgeber mehrerer Zeitungen. Schon die dritte Versammlung konnte nicht mehr abgehalten werden, da der Wirt, in dessen Lokal die Versammlung abgehalten werden sollte, von der öffentlichen Debatte so eingeschüchtert war, dass er sein Lokal doch nicht zur Verfügung stellte.

Die Forderungen der Dienstmädchen lauteten:

1. *Erhöhung des Lohnes (ein Kindermädchen 8-10 Thlr, ein Stubenmädchen, Köchinnen etc. bis 20 Thlr. jährlich).*
2. *Nicht fünf Treppen unterm Dach hoch schlafen müssen.*
3. *Mindestens freitags und sonnabends, wo es viel angreifende Arbeit gebe, eine kräftige Suppe.*
4. *Um 10 Uhr abends, wenn nicht Krankheit oder andere ungewöhnliche Abhaltung dies unstatthaft mache, sich zu Bette legen zu dürfen.*
5. *Alle 4 Wochen einmal Erlaubnis zum Ausgehen.*
6. *Aufhebung der monatlichen ► „Ziehzeit“.*

▶ M2

▶ M4

M2

BILDQUELLE



Dienstmädchenversammlung, kolorierte Lithografie von Louis Rocca, 1848.

© Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

M3

BILDQUELLE



Anonyme Karrikatur, Lithografie, 1848.
© Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

ZEITGENÖSSISCHE MEINUNGEN zum Zusammenschluss der Dienstmädchen

M4

A

Den Herrschaften wurde empfohlen, „eine Anmerkung darüber in ihre Dienstbücher beizufügen, damit man davor geschützt sei, ein Mädchen in den Dienst zu bekommen, die so frech ist, aller Sitte und allem Anstand zum Hohn, ihre Herrschaften durch sich selbst blamierten.“

Leipziger Tageblatt, Nr. 110, vom 14.4.1848 *

B

Entgegnung „mehrerer unparteiischer Arbeiter, aber keineswegs Dienstboten“ im Leipziger Tageblatt Nr. 112 vom 21.04.1848:
„Die Mädchen haben nur bescheidene Ansprüche gemacht, und wer das nicht erfüllen kann, der halte keine Dienstboten, denn viele Herrschaften, und zwar jede rechtliche, gewährt nicht das in der Versammlung Verlangte, sondern gibt selbst freiwillig noch mehr.“

Leipziger Tageblatt, Nr. 110, vom 14.4.1848 *

C

Die Verfasserin einer anderen Anzeige vertrat die Ansicht, dass sich die Dienstmädchen nur dem Gespött und Gelächter der Männer Preis gegeben hätten und „statt ihre Dienstherrschaften zu blamieren“ bedenken müssten, dass „auch die schlimmsten derselben mit Geduld und Ausdauer zu besiegen wären.“

Leipziger Tageblatt, Nr. 111, vom 20.04.1848 *

D

Heinrich Brockhaus äußerte sich in seinen Tagebuchaufzeichnungen:
„Ich gestehe, dass manche dieser armen Wesen wohl Grund haben werden zur Beschwerde: dass sie aber die Unverschämtheit haben, anstatt sich untereinander zu besprechen, die Herren auf die Tribüne einzuladen und so mehr oder weniger öffentlich Skandal zu verursachen, nimmt ihnen die Sympathien der Bessern.“

Aus den Tagebüchern von Heinrich Brockhaus, Band 2, Leipzig 1884, S. 186.
Eintragung vom 20.4.1848

* zitiert nach Beate Klemm, Caroline Adler, Therese Humbold, Charlotte Schmidt und Auguste Schrödter.

Der Leipziger Dienstmädchenverein im April des Jahres 1848. Leipziger Lerchen. Frauen erinnern (LOUISEum 11), Beucha 2002, S. 23.

Aufgaben und Fragen (Arbeitsblatt 1)



Einzel- und Gruppenübung



2 Unterrichtsstunden



1

Fassen Sie die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Frauen während der Revolution 1848/49 zusammen.

2

Zu **M1**

- Erarbeiten Sie aus **M1**, wie Louise Otto-Peters ihre öffentliche Wortmeldung mit einer Adresse an ein wichtiges Gremium der Revolution rechtfertigt.
- Legen Sie ihre Forderungen in **M1** dar und untersuchen Sie, mit welchen Argumenten Louise Otto-Peters diese begründet.
- Erörtern Sie die Wirkung, die Louise Otto-Peters mit dem Stilmittel der direkten Anrede erzeugt.

3

Zur Diskussion in der Kleingruppe:

- Beurteilen Sie den Stellenwert, der der Adresse Louise Otto-Peters innerhalb des Spektrums weiblichen Handelns in der Revolution von 1848/49 zu kommt.
- Louise Otto-Peters schreibt: „Die Geschichte aller Zeiten hat es gelehrt, und die heutige ganz besonders, dass diejenigen, welche selbst an ihre Rechte zu denken vergessen, auch vergessen wurden.“ Setzen Sie sich mit dieser These angesichts aktueller Debatten über die Zusammensetzung von Parlamenten im Hinblick auf die Repräsentanz der gesamten Gesellschaft auseinander!
- Louise Otto-Peters fordert mit dieser Adresse die Politik dazu auf, in wirtschaftliche Belange einzugreifen. Diskutieren Sie, welche Rolle der Staat in wirtschaftlichen Belangen einnehmen sollte.

Aufgaben und Fragen (Arbeitsblatt 2)



Einzel- und Gruppenübung



2 Unterrichtsstunden



1

zu **M2** und **M3**

Analysieren Sie beide Lithographien unter formalen und inhaltlichen Aspekten. Erarbeiten Sie vergleichend die Kernaussage und die Wirkungsabsicht.

2

zu **M4**

Fassen Sie die unterschiedlichen zeitgenössischen Meinungen zum Dienstmädchenverein zusammen.

3

Zur Diskussion in der Kleingruppe

a)

Diskutieren Sie die Forderungen der Dienstmädchen und die Rechtmäßigkeit der in **M4** gegebenen Urteile.

b)

Auch heute noch sehen sich emanzipierte Frauen in der Öffentlichkeit harscher Kritik und Shitstorms ausgesetzt, wenn sie sich zu laut, zu radikal, zu bestimmt äußern und ihre Rechte einfordern. Hassbotschaften, Drohungen und Diffamierungen verbreiten sich rasend schnell über die Sozialen Medien. In unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, in dem die Meinungsfreiheit ein hohes Gut darstellt, sind solche Shitstorms besonders herausfordernd.

→ Diskutieren Sie diese Problematik: Was kann, was sollte eine tolerante, demokratische Gesellschaft an Meinungen aushalten?

ERWARTUNGSHORIZONT

(Arbeitsblatt 1)

Zu 1

M1

	M2	M3
BESCHREIBUNG	<ul style="list-style-type: none"> • Viele Frauen, die sich unter freiem Himmel versammeln, tragen bunte Kleider, zum Teil mit tief ausgeschnittenen Rückern und Schmuck, haben ordentliche Frisuren, fein zurecht gemacht. • Eine Frau in der Bildmitte steht erhöht, ihre Arme sind nach oben gestreckt, sie zeigt ein Blatt mit langer Liste und schaut zu den Frauen um sich herum. • Frauen umringen sie, einige blicken sie an und hören zu, andere auch nicht • Aufgeregte Stimmung: im Hintergrund ruft eine Frau etwas mit erhobenem, kämpferisch gestrecktem Arm. • Unter dem Bild ist ein verzerrendes Gemisch aus erhobenen und fiktiven Forderungen zu lesen. 	<p>Szene wie in M1 aber:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Versammelte Frauen werden nackt/mit durchsichtigen Kleidern dargestellt. • die Frau in der Bildmitte als „Anführerin“ ist besonders entblößt und obszön porträtiert; der Blick wird auf ihre Brüste und den Unterleib gelenkt. • Sie hält den erhaltenen „Bescheid“ hoch. • Die Forderungen sind weggelassen.
KERNAUSSAGEN	<ul style="list-style-type: none"> • Farbenfrohe, scheinbar freundliche Darstellung: Dienstmädchen schließen sich in Öffentlichkeit zusammen, um für bessere Arbeitsbedingungen einzustehen. • Aber: eher Jahrmarktscharakter, tumultartig: Frauen schaffen es nicht, sich rational und gesittet über politische Themen auszutauschen 	<ul style="list-style-type: none"> • Dienstmädchen, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, werden nackt und obszön, auch zänkisch und aufgebracht dargestellt. • Sie erhalten mit der Art und Weise der Darstellung Bescheid, was sie sind: in ihren Forderungen nicht ernstzunehmende Sexualobjekte der Männer.
WIRKUNGSABSICHT	<p>Scheinbar freundliche Darstellung – aber dennoch mit sexistischer, antifeministischer Absicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dienstmädchenvereinigung als „Weiber-Party“ oder prachtvolle eigene Zurschaustellung. • Frauen wird konstruktive, politische Debattenkultur abgesprochen. • Bewusstes Lächerlich-Machen, gezielte Herabsetzung ihres eigenständigen öffentlichen Auftretens. → sollten nicht ernst genommen werden 	<p>Sexistische und antifeministische Darstellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dienstmädchenvereinigung als Horde zügelloser Frauen. • Gezieltes Herabwürdigen und Reduktion auf Sexualobjekte der Männer. • Sind nicht zum politischen Debattieren da, sondern für die Reproduktion. • Einschüchterung von Frauen, die es wagen, sich öffentlich zu versammeln und eigenständig aufzutreten.

Zu 2

Zeitgenössische Meinungen

Aus Leipziger Tageblatt:

- Verhalten der Dienstmädchen als „frech“ und gegen die Sitte und Anstand bezeichnet (Z. 3/4). Blamage auch für den Dienstherrn (Z. 4).
→ Empfehlung an Dienstherrn, solche Dienstmädchen nicht zu beschäftigen (Z. 2/3).
- Ansprüche der Dienstmädchen seien „bescheiden“ und angemessen (Z. 7/8).
- Dienstmädchen hätten sich zum Gespött der Männer gemacht (Z. 12) und Dienstherrn blamiert (Z. 13), sollten einen gemäßigeren Weg einschlagen, um Verbesserungen in Arbeitsbedingungen zu erreichen („mit Geduld und Ausdauer“), (Z. 14/15).

Aus Tagebuch von Brockhaus:

- Äußert teils Verständnis für Not der Dienstmädchen (Z. 16), findet aber Verhalten dieser für unangemessen (Z. 17/18); meint, dass sie einen „Skandal“ provoziert hätten, der ihnen die Sympathien derer kostet, die eigentlich Verständnis für die Forderungen der Dienstmädchen hätten (Z. 19/20).

Zu 3

Diskussion in der Kleingruppe

Zusammenfassung der Urteile:

Dienstmädchen hätten falschen Weg eingeschlagen, um teilweise gerechtfertigte Forderungen zu stellen; damit erreichten sie das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollten und blamierten sich und die Dienstherrn; eine verteidigende Stimme, dass Dienstmädchen Dinge fordern, die selbstverständlich sein sollten.

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Die zeitgenössischen Urteile sollten kontrovers diskutiert werden. Dabei stehen die Fragen im Vordergrund, wie legitim die Forderungen der Dienstmädchen waren und wie zeitgenössisch darüber diskutiert wurde.

Zu 4

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Es sollte kontrovers über Grenzen der Meinungsfreiheit diskutiert werden. Dabei ist zwischen sachlicher Kritik an geäußerten Meinungen und misogynen Diffamierungen sowie verbaler sexualisierter Herabsetzung und Gewalt in öffentlichen Medien zu unterscheiden.

ERWARTUNGSHORIZONT (Arbeitsblatt 2)

Zu 2

a)

- Hat Vertrauen in Märzministerium des Inneren (Z. 3). *
- Sieht Arbeiterkommission als wichtig an (Z. 3/4).
- Möchte sich – weil sie auch eine Frau ist – für Arbeiterinnen einsetzen, die selbst nicht die Zeit und Kraft haben, für ihre eigenen Rechte einzustehen (Z. 7–15).
- Möchte die Adresse vor dem Hintergrund des dominanten Frauenbildes nicht als weibliche Anmaßung verstanden wissen, sondern als eine allgemeine Erfahrung: Die Geschichte aller Zeit hat es gelehrt (Z. 11–13).
- Argumentiert, von jeher Anteil am Los der arbeitenden Klasse genommen zu haben – verweist damit auf ihre Bekanntheit und Kompetenz bei der Auseinandersetzung mit dem Thema schon im Vormärz (Z. 4–6).

b)

Not der Arbeiterinnen:

- Frauen seien in wenigen Berufen zugelassen. Dadurch käme es in diesen Berufen zu Lohndumping, sodass die Frauen viel weniger verdienten als die Männer (Z. 20–25).
- Witwen, Waisen, erwachsene unverheiratete Frauen müssten mit eigenem, sehr geringen Lohn ohne ein höheres Männergehalt überleben (Z. 30–33).
- Auch verheirateten Frauen seien ohne eine eigenständige Erwerbsgrundlage vollständig von den Männern abhängig. (Z. 30–33).
- Dadurch würden unwürdige Verhaltensweisen von Frauen begünstigt.
- Es entstünden unglückliche Ehen, weil Frauen oft zeitig und aus wirtschaftlichen Gründen heirateten (Z. 35–46.)
- Frauen würden unmoralische Lohnerwerbsarbeiten aufnehmen wie bspw. Prostitution, um überleben zu können (Z. 46–52).

Forderungen:

- Die Organisation der Arbeit der Arbeiterinnen, d.h. eine Reform weiblicher Erwerbsarbeiten darf nicht vergessen werden (Z. 16–19).
- Höherer Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, weniger Druck (Z. 20–33).

c)

Stilmittel der direkten Rede:

- Appellativer Charakter, persönlichere Ansprache.
- Chance erhöht sich, dass Minister und Kommissionsmitglieder die Adresse beraten werden.
- „Ich“-Perspektive von LO als bekannter Autorin zur sozialen Frage erhöht die Glaubwürdigkeit des Vorgetragenen.
- Forderungen lassen sich nicht einfach beiseite legen.

* Weil sie die Minister Oberländer und Braun als bekannte Liberale des Vormärz bei den Verhandlungen im Sächsischen Landtag erlebt hat – und auch die Männer sie als eine der wenigen anwesenden weiblichen Personen kennen... man gehörte zur gemeinsamen Opposition

Zu 3

a)

Politisches Handeln im Interesse des eigenen Geschlechts, zur Verbesserung der Situation von Arbeiterinnen: ein früher und in der Revolution von 1848/49 seltener feministischer Akt.

b)

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Aktuelle Debatten kreisen heute um die Frage, ob ein gewähltes Parlament repräsentativ sein sollte oder ob es reicht, wenn die Abgeordneten die Sichtweisen der heterogenen Bevölkerung mit „im Blick haben“, ohne diese Heterogenität selbst abzubilden. Darüber lässt sich kontrovers diskutieren.

c)

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Die Rolle des Staates in wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde im 19. Jahrhundert und wird auch heute kontrovers diskutiert. Das Argumente-Spektrum verläuft von „Staat soll gar nicht eingreifen, Angebot und Nachfrage regelt“ bis hin zu „Staat sollte in wirtschaftliche Belange eingreifen, wenn der soziale Friede in Gefahr ist“.



ZUM WEITERLESEN

Beate Klemm: Caroline Adler, Therese Humbold, Charlotte Schmidt und Auguste Schrödter. Der Leipziger Dienstmädchenverein im April des Jahres 1848, in: Leipziger Lerchen. Frauen erinnern, 3. Folge (LOUISEum 11), Leipzig 2002, S. 20–27;
Gesindeordnung für das Königreich Sachsen vom 10. Januar 1835, Dresden 1835.

LITERATUR

▶ PRAXISTEIL

JÜDISCHE EMANZIPATION UND ANTISEMITISMUS

Uffa Jensen / Paul Schmitz

1 Seit dem späten 18. Jahrhundert wurde im deutschsprachigen Raum über die ▶ **Emanzipation** von Jüdinnen:Juden, also um deren rechtliche und politische Gleichstellung diskutiert. Es blieb jedoch nicht
5 bei kontroversen Debatten, sondern immer wieder kam es zu gesetzlichen Neuerungen in einzelnen Staaten. So hatte ▶ **Preußen** 1812 ein sehr weitgehendes Edikt erlassen, das Jüdinnen:Juden zu Inländer:innen und Staatsbürger:innen erklärte. Zugleich
10 griffen solche Regelungen während des ▶ **Vormärz** zu kurz. Die rechtliche und politische Gleichstellung der Jüdinnen:Juden blieb unvollständig. Auch deshalb wurde die Diskussion über die sogenannte
▶ **„Judenfrage“** weiter befeuert. Dabei regte sich auch
15 massiver Widerstand von nichtjüdischen Gruppen. Einige Autoren erklärten dabei, dass Jüdinnen:Juden für eine gleichberechtigte Teilnahme an Politik und Gesellschaft noch nicht reif seien und deshalb erst einen Bildungsprozess durchlaufen müssten; andere schlossen gleich ganz aus, dass Jüdinnen:Juden sich überhaupt verändern und sich den
20 Christ:innen anpassen könnten. Gegner:innen wie Befürworter:innen der „Jüdischen Emanzipation“ gingen in der Regel gemeinsam davon aus, dass sich Jüdinnen:Juden stark verändern müssten, um eine

25 echte Gleichheit erreichen zu können. Doch auch Jüdinnen:Juden diskutierten in den Jahren vor 1848 mit, etwa in Form von Petitionen oder Memoranden, die sie an Regierungen sandten, um für ihre Gleichstellung zu werben. Jüdinnen:Juden bestritten dabei
30 zwar oft nicht, dass sie und ihre jüdische Religion sich verändern müssten, aber sie lehnten es in der Regel ab, das Judentum oder eine jüdische Identität ganz abzulegen.

In der Revolution von 1848 bündelten sich
35 viele soziale und ökonomische Konflikte im Übergang von einer vormodernen ▶ **Ständegesellschaft** in eine moderne frühkapitalistische und sich demokratisierende Gesellschaft. Zugleich ging es gerade im politisch zersplitterten ▶ **Deutschen Bund** um die
40 Gründung eines Nationalstaats. Die gesellschaftliche Position von Jüdinnen:Juden stand dabei an vielen Stellen im Zentrum der Auseinandersetzungen, zum einen wegen ihrer ökonomischen Rolle, zum anderen aber auch wegen ihrer politischen und sozialen Gleichstellung. Die Hoffnung vieler
45 Jüdinnen:Juden war groß, dass die Revolution einen ▶ **demokratischen** Nationalstaat begründen würde, in dem sie die gleichen Rechte wie die nichtjüdische Bevölkerung erhalten würden.

► Zum Wortpaar: JÜDISCHE EMANZIPATION und ANTISEMITISMUS

Mit dem bereits von den Zeitgenoss:innen genutzten Begriff der ► **Emanzipation** der Jüdinnen:Juden meinte man zunächst in einem engeren Sinne ihre rechtliche und politische Gleichstellung, also die Forderung, dass Jüdinnen:Juden in einem entstehenden demokratischen Nationalstaat die gleichen Rechte wie Nichtjüdinnen:juden haben sollten. In einem umfassenderen Sinne schwang in dem Begriff stets die Bedeutung von Selbstbefreiung aus Unterdrückung und Diskriminierung mit. In beiden Bedeutungen war für die Zeitgenoss:innen die Emanzipation von Jüdinnen:Juden mit der Emanzipation anderer Gruppen verbunden.

Mit Antisemitismus ist die Feindschaft gegen Jüdinnen:Juden gemeint, wobei es im 19. Jahrhundert eine Reihe von alternativen Begriffen und der Begriff Antisemitismus – strenggenommen – erst seit 1879 gebräuchlich wurde. Eine neue Qualität erhielt der Antisemitismus gerade durch die Emanzipation der Jüdinnen:Juden, gegen die maßgebliche Teile der nicht-jüdischen Gesellschaft mobilisierten.

M2

INFOBOX

50 Bereits in den Monaten vor der Revolution kam es in verschiedenen Gebieten zu antijüdischen Unruhen. Dabei handelte es sich zumeist um Unruhen in den ländlichen Regionen und kleinen Städten. Sie wurden in der Regel durch massive Preissteigerungen ausgelöst, welche wiederum auf die schlechten Ernten seit 1845 zurückzuführen waren. Die Unruhen richteten sich dann oft gegen Behörden bzw. gegen Lebensmittelhersteller oder -verkäufer, also gegen Gutsbesitzer, Großbauern, Kaufleute
55 u.ä., aber auch gegen Jüdinnen:Juden, denen man dabei vorhielt, sich an der Teuerung ungebührlich zu bereichern. Regional verteilt waren die Unruhen in dieser frühen Phase auf ein Gebiet, das von Posen (heute Poznań/Polen) im Osten bis nach Nordhessen im Westen reichte.
60

In den ersten Monaten des Revolutionsjahres 1848 kam es erneut zu antijüdischen Ausschreitungen, insgesamt ca. 180 in Mittel- und Osteuropa. Betroffen waren dabei im ► **nicht-habsburgischen**
70 Teil des Deutschen Bundes süd- und südwestdeutsche Regionen, vor allem Baden, Württemberg, Hessen, Rhein Hessen, Franken, wohingegen es in ► **Preußen**, abgesehen von Schlesien und Posen, nur vereinzelt zu Vorfällen kann. Auch im ► **Habsburger**

75 **Reich** kam es aus Protest gegen die Gleichstellung der örtlichen Jüdinnen:Juden zu Ausschreitungen, im März und April etwa in Pressburg oder in Pest. Diese waren in umfassendere soziale Protestformen eingebettet, deren Gesamtzahl mit 1.500 geschätzten Ereignissen wesentlich höher lag. Teilweise richteten die Ausschreitungen nicht ausschließlich gegen Jüdinnen:Juden. Häufig jedoch war das antijüdische Motiv von zentraler Bedeutung. Sie gehörten 1848 zumeist zu einer revolutionären Straßenpolitik, mit der viele Gruppen ihre Anliegen in den öffentlichen Raum trugen. Dabei existierten große Unterschiede: In den Großstädten kam es zu politischen Massenaufständen, bei denen große Bevölkerungsgruppen und das Militär gewaltvoll
80 aufeinandertrafen, wie bei den Barrikadenkämpfen mit mehreren hundert Todesopfern im März 1848 in Berlin. Dagegen manifestierten sich auf dem Land eher tumultartige Übergriffe, Plünderungen, Formen von Selbstjustiz, die sich oft gegen einzelne Personengruppen wie Adlige oder Jüdinnen:Juden richteten.
85
90

Viele Jüdinnen:Juden interpretierten die gegen sie gerichtete Gewalt als Überbleibsel der alten Ordnung, die mit der Demokratisierung durch

100 die Revolution verschwinden sollte. In ihrer Hoffnung
auf positive Veränderungen durch die Umwälzungen
ließen sich vielen von ihnen durch solche „Tölpel-
105 en“ nicht beirren, wie sie von dem bekannten jüdi-
schen Schriftsteller Berthold Auerbach (1812–1881)
genannt wurden. Viele Jüdinnen:Juden nahmen
auch selbst aktiv an den revolutionären Protesten
teil, wie der Brief von Moritz Steinschneider (1816-
1907) **(M1)** dokumentiert. Mindestens 130 Jüdinnen:
110 Jüdinnen:Juden beteiligten sich an den bewaffneten
Auseinandersetzungen in Berlin, Frankfurt, Baden,
Sachsen etc. In Berlin waren auch Jüdinnen:Juden
unter den Märzgefallenen, laut Schätzungen wa-
ren es bis zu 21. Insgesamt mindestens 750 Jü-
115 dinnen:Juden zählten 1848/49 zu den politischen
Aktivisten. Insgesamt engagierten sich überpro-
portional viele Jüdinnen:Juden, gemessen an ihren
Bevölkerungsanteil in Berlin. Oft noch sehr jung,
engagierten sie sich in Bürgervereinen, Bürgerwe-
120 hren, kommunalen Ämtern oder als Wahlleute. Auch
wenn es konservativere Kreise unter den deutschen
Jüdinnen:Juden gab, die sich für die revolutionären
Ideen weniger erwärmen konnten, so politisierte die
Revolution die deutschen Jüdinnen:Juden selbst
125 erheblich, so dass sich eine wachsende Zahl von
ihnen für ihre Emanzipation und insgesamt für die
Ideale der Revolution einsetzte.

Die Revolution erschien Jüdinnen:Juden
auch deshalb attraktiv, weil sie ihre rechtliche Gleich-
stellung zu etablieren versprach: Der Artikel 5 der
130 Grundrechte des Deutschen Volkes von 1849 garantierte
die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für alle.
Jüdische Männer waren bereits für die ► **National-
versammlung** wahlberechtigt, wofür der ► **liberale**
Politiker und Hamburger Jude Gabriel Riesser in
135 einer eindrucksvollen Rede vor dem Frankfurter
► **Vorparlament** plädiert hatte. Dort hatten bereits
fünf bekennende und sechs konvertierte Juden Sitze
innegehabt, während dann insgesamt sieben beken-
nende und sieben konvertierte Juden in die Frank-
140 furter Nationalversammlung gewählt wurden. Als
zeitweiliger Vizepräsident des Parlaments gehörte
Riesser zu den bekanntesten Persönlichkeiten der
Revolution. Auch in den zum Teil neu eingerichteten
und gewählten Parlamenten der verschiedenen deut-
145 schen Einzelstaaten saßen jüdische Parlamentarier.

Für Jüdinnen:Juden war der revolutionäre

Kampf also zugleich ein Kampf für ihre eigenen
Rechte als Staatsbürger. Der jüdische Politiker Jo-
hann Jacoby drückte dies so aus: „Wie ich selbst
150 Jude und Deutscher zugleich bin, so kann in mir der
Jude nicht frei werden ohne den Deutschen, und der
Deutsche nicht ohne den Jüdinnen:Juden.“ Entspre-
chend dieser Logik ließ sich die Emanzipation der
Jüdinnen:Juden als ein allgemeines Menschenrecht
155 verteidigen. Wenn alle Menschen vor dem Gesetz
gleich sein sollten, konnte man für Jüdinnen:Juden
keine Ausnahme rechtfertigen. Da Rechte (wie z.B.
das Ansiedlungs- oder Gewerbeamt) im vormo-
dernen Ständestaat noch bis ins 19. Jahrhundert
160 hinein an Jüdinnen:Juden als Privilegien verliehen
worden waren, stellte die menschenrechtliche Logik
eine wichtige Neuerung dar, die durch die Revolution
von 1848 populärer wurde und diese auch über-
dauern sollte. Selbst das Scheitern der Revolution
165 und die erneute Einschränkung von Rechten für
Jüdinnen:Juden und andere Staatsbürger konnte
diese Logik nicht zerstören. Von 1848 an war klar,
dass die Emanzipation der Jüdinnen:Juden in einem
Verfassungs- und Rechtsstaat erfüllt werden wür-
170 de, wie dies dann mit der Gründung des Deutschen
Kaiserreiches 1870/71 – trotz aller demokratischen
Defizite dieses Staatsgebildes – auch durchgesetzt
wurde.

Dies lässt sich auch an den Gegnern der
175 Jüdinnen:Juden und ihrer Gleichberechtigung ver-
deutlichen, wie sie sich in den antijüdischen Aus-
schreitungen gezeigt hatten. So lagen gerade den
ländlichen Protesten oft Vorstellungen von einer tra-
ditionellen Ordnung eines christlich-hierarchischen
180 Gemeinwesens zugrunde, in dem Jüdinnen:Juden
eine untergeordnete und keineswegs gleichberech-
tigte Stellung einzunehmen hatten. Somit ließe sich
die antijüdische Gewalt so verstehen, dass mit ihr
die Jüdinnen:Juden an ihren vermeintlich ‚richtigen
185 Platz‘ zurückgeprügelt werden sollten. Gegner der
Jüdinnen:Judenemanzipation zu sein, bedeutete in
dieser Hinsicht das moderne Gleichheitsverspre-
chen und die Anfänge des modernen Rechtsstaats
und der Demokratie abzulehnen. Doch sollte ge-
190 nau dieses Gleichheitsversprechen im Laufe des
19. Jahrhunderts auch eine andere, weniger tra-
ditionalistische Exklusionslogik produzieren: als
eine Gleichheit der „natürlich“ Gleichen. In dieser

Variante, die man etwa in den Schriften des nationa-
 195 listischen und demokratischen Schriftstellers und
 Politikers Ernst Moritz Arndt erkennen kann, sollte
 das Demokratieversprechen nur für bestimmte Grup-
 pen gelten, die man als ursprünglich dem deutschen
 Volk zugehörig imaginiert. Andere Gruppen wie z.B.
 200 die Jüdinnen:Juden sollten hingegen als fremde

Nichtdeutsche aus dem demokratischen Kollektiv
 ausgeschlossen werden. Dieses frühvölkische
 Verständnis von Demokratie zielte nicht mehr auf
 die Rückkehr zu einer vormodernen Gesellschaft,
 205 vielmehr sollte eine andere Form von Demokratie
 etabliert werden.



ZUM WEITERLESEN

Werner Bergmann: Tumulte – Excesse – Pogrome: Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa: 1789–1900, Göttingen 2020.

Manfred Gailus: Anti-Jewish Emotion and Violence in the 1848 Crisis of German Society, in: Hoffmann et al. Exclusionary Violence, Ann Arbor 2002, S. 43–66.

Uffa Jensen: Recht und Politik, Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte, Paderborn 2014.

Werner E. Mosse/Arnold Paucker/Reinhard Rürup (Hrsg.): Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 39, Tübingen 1981.

Julius H. Schoeps: Im Kampf um die Freiheit. Preußens Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848, Hamburg 2022.

Ders., A. Bernstein in seiner Zeit. Bürgerliche Aufklärung und liberales Freiheitsdenken, Hildesheim 2011.

Stefan Rohrbacher: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung, Bd. 1, Frankfurt a. M., New York 1993.

Reinhard Rürup: Der Fortschritt und seine Grenzen. Die Revolution von 1848 und die europäischen Juden, in: Dowe, D., Haupt, H.-G. und Langewiesche, D. (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 985–1005.

Shulamit Volkov: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bonn 2022.

LITERATUR

BRIEF von Moritz Steinschneider an seine Verlobte Auguste Auerbach, 20. März 1848

M1

TEXTAUSZUG

Fräulein
Auguste Auerbach
Bei Herrn Mauther, lange Gasse
Wohlg.
Prag

Berlin 20t März (Schuschan Purim) 1848 Mittag

Meine theure Auguste!

Ich glaube nicht, daß es an diesem Tage in Susa anders ausgesehen habe als hier - wenn das Buch Esther mehr als ein persisch-jüdischer Roman ist. Berlin hat 8 Tage bedurft, um an den Tag zu bringen, was bereits unter der Hülle längst vorbereitet lag. Verlange keine Schilderungen von Einzelheiten - bis aufs Mündliche, ich kann hier nur die Hauptzüge hinwerfen. Sonnabend um 2 hieß es: Constitution, Ministerwechsel u.s.w.; die Bürgerdeputation zog vor das Schloß, dem König ein Lebehoch zu bringen - ich selbst mit Deinem Briefe und wiener gleichen Nachrichten von Zung (die Prager Petition hatte ich schon Donnerstag in der Schles.[ischen] Zeit.[ung] gelesen) zu Schönberg zu Tische eilend trank eben „Freiheit, Verbrüderung“ da heißt es um 3 1/2 Uhr: die Laden sind geschlossen, das Militär schießt auf die Bürger u.s.w.! Ich renne den kleinen weg nach Hause, und um 4 Uhr - hatte Berlin mehrere 100 Barricaden! Auch mich hättest Du Steine tragen und Blöcke wälzen sehen können. Indeß hieß es, es sei das zufällige Losgehen 2er Gewehre auf dem Schloßplatze Grund des Mißverständnißes, Augenzeugen behaupten, daß man auf die Bürger eingehauen habe - die Sache ist noch nicht erklärt, genug die Erbitterung hatte den höchsten Grad erreicht, und als um 4 ½ uhr das Militär anfing, sich in die verbarricadirten Straßen zu begeben, fand es an vielen Punkten eine unerwartete heldenmäßige Vertheidigung der Bürger, namentlich Schützen und Studenten. Man glaubt allgemein daß der Prinz von Preußen auf Vorschreiten des Militärs mit Kartätschen u. Granaten gedrun-gen, die Vertheidiger mußten sich großentheils selbst die Waffen erobern. Um 12 Uhr hörte das Schießen in meiner Nähe ein wenig auf, und gegen 1 Uhr schlief ich ein. Gestern früh war in meiner Umgebung das Militär Meister des Platzes, hingegen bald darauf der commandirende General Möllendorf in Händen der Schützen, die ihn zu erschießen drohten. Gegen 11 Uhr rückte

35 das Militär zurück, heute ist kein Mann hier zu sehn, Schloß u.
 alle Wachen sind von Bürgern besetzt, einem Manne, der eini-
 ge Studenten durch Verrath ans Militär ums Leben brachte, wur-
 den alle Möbel, Geld etc auf öffentlicher Straße verbrannt, einem
 andern der laden gestürmt - von Diebstahl u. Raub nirgends die
 Rede! - Heute Vormittag konnte nur die Überschrift: „Nationalei-
 60 genthum“ und das Zureden der Gebildeten das Hotel des Prinzen
 von Preußen vom Demoliren retten; eine Tricolorfahne (deutsch)
 weht herab. Gestern Abend Illumination und fortwährendes Freu-
 denschießen, singende banden. Schwerin u. Auerswald, bekannt
 durch Opposition in der Kammer sind bereits Minister; alle alten
 65 werden durch liberalere ersetzt. Aber diese Umwandlung berlins
 kostet manchen Märtyrer Leben und Gesundheit. Hunderte, Militär
 u. Ciwil, sind gefallen oder verwundet, darunter eine merkwür-
 dige Anzahl Juden! Man bereitet ein allgemeines leichenbegräbniß
 und Denkmahl vor, und von „Jud“ oder „Christ“ ist Gottlob nicht
 70 mehr die Rede. In 4 Wochen müßen Preußens juden emancipirt sein
 denn das Volk emancipirt sie bereits. Wer hat jetzt Gedanken
 für sich? Der Berliner Pöbel hat in diesen tagen einen gewalti-
 gen Culturfortschritt gemacht, die Folgen der letzten Vorgänge
 in aller Welt sind unübersehbar! Wohlan mein Kind, laß uns wie-
 75 der zum Leben erwachen, nun kann unsrer Zusammenkunft wohl kaum
 noch etwas hinderlich sein. Hoffentlich werden wir jetzt eher
 Hütten bauen. Schon am 2. April kommen die Stände hier zusammen,
 ich aber möchte Dich am 8t in Proßnitz sehen. Ob ich mich jetzt
 noch sträube eine Stelle - natürlich keine bloße rabbinerstelle
 80 oder dergl. - in Österreich anzunehmen, hängt von den Umstän-
 den ab; denn dießmal sind die Wiener so schön vorangegangen, daß
 „die preußische Landwehr kaum nachkommen kann“! Ich schrieb erst
 Freitag nach Proßnitz. Ich wünschte, Du schriebst ihnen sogleich
 den Hauptinhalt dieses Briefes, ehe beunruhigende Nachrichten
 85 hinkommen. Schreibe mir rasch Deinen Entschluß die Zeit geht
 jetzt rasch -
 darum auch Adje,

dein Moritz

90 PS: Soeben sind alle politischen Gefangenen (auch die Polen)
 befreit, alle Prozesse niedergeschlagen.



Brief in angepasster Orthografie abgedruckt nach: **Renate Heuer und Marie Louise Steinschneider (Hrsg.): Moritz Steinschneider, Briefwechsel mit seiner Verlobten Auguste Auerbach 1845-1849. Ein Beitrag zur jüdischen Wissenschaft und Emanzipation, Frankfurt am Main 1995.**

► Moritz Steinschneider (1816 – 1907)

Moritz Steinschneider war ein österreichisch-preußischer Orientalist, der zu den bedeutendsten jüdischen Gelehrten seiner Zeit zählte. 1845 war er von Prag nach Berlin gezogen, und arbeitete dort als Reporter für Zeitungen aus Frankfurt am Main und Prag. 1848, mit 32 Jahren, wurde er während der revolutionären Barrikadenkämpfe dabei beobachtet, „wie er versuchte einen dicken Baum vor der Garnisonskirche mit einer kleinen Baumsäge zu fällen.“ Moritz Steinschneider zählte also zu den jüdischen Bürgern Berlins, die an den Aufständen am 18. und 19. März 1848 aktiv teilgenommen haben. In einem Brief an seine Verlobte Auguste Auerbach berichtet Steinschneider am 20. März von den revolutionären Ereignissen in der preußischen Hauptstadt. Private Briefe wie dieser sind eine typische Quelle, beschäftigt man sich mit dieser Zeit. Zwar gab es Teile der Bevölkerung, die nicht schreiben konnten, doch für diejenigen, die als Verfasser:innen in Frage kamen, war der Brief ein beliebtes Mittel zur Kommunikation, vor allem in Trennungssituationen vertrauter Menschen, wie bei Steinschneider und seiner Verlobten.

M1

INFOBOX

M2

BILDQUELLE



Schreckliche Misshandlung und Verfolgung der Juden in Pressburg den 24. April 1848 .

B. Bachmann-Hohmann (Lithograf), „Schreckliche Misshandlung und Verfolgung der Juden in Pressburg den 24. April 1848.“, 1848, Wien Museum Inv.-Nr. 87487, CC0 (<https://sammlung.wienmuseum.at/objekt/12336/>).

► „Schreckliche Misshandlung und Verfolgung der Juden in Pressburg, den 24. April 1848“

Das Zeitungswesen erlebte im 19. Jahrhundert einen enormen Aufschwung, da im Zuge der ► **Industrialisierung** neue Verfahren für den Druck von Presseergebnissen entwickelt wurden. Die Lithografie war eine häufig genutzte Form, Bilder einzusetzen, noch bevor Fotos gemacht und abgedruckt werden konnten. Bilder verschiedenster Art wurden im 19. Jahrhundert alltäglicher, verfügbarer und als Reproduktion auch erschwinglicher. Zeitungen mit vielen Bildern und sogenannte Bilderbögen sorgten dafür, dass auch die großen Teile der Bevölkerung, die nicht lesen konnten, über aktuelle Ereignisse informiert blieben.

Bratislava ist heute die Hauptstadt der Slowakei. 1848 hieß die Stadt Pressburg und lag im Kaisertum ► **Österreich**. Auch dort gab es revolutionäre Ereignisse. Im April kam es zu anti-jüdischen Übergriffen, die das Bild vom österreichischen Lithografen B. Bachmann-Hohmann illustriert.

M2 INFOBOX

Aufgaben und Fragen



Einzel- und Gruppenübung



2-3 Unterrichtsstunden



1

Wie stand es Mitte des 19. Jahrhunderts um die Emanzipation der Jüdinnen:Juden im deutschsprachigen Raum?

Skizzieren Sie mit Hilfe des Forschungsimpulses, welche konkreten Hoffnungen und Gefahren die Revolution 1848/49 mit sich brachte.

2

Analysieren Sie die beiden Quellen **M1** und **M2** unter formalen und inhaltlichen Aspekten. Arbeiten Sie die Kernaussagen heraus.

3

Setzen Sie sich mit der Ambivalenz auseinander, dass die Revolution 1848/49 einerseits jüdische Emanzipationshoffnungen als auch anti-jüdische Übergriffe beeinflusste.

Diskutieren Sie dazu in einer Kleingruppe.

4

Unter dem **Link/QR-Code** gelangen Sie zum Video „So fühle ich mich als Jüdin in Deutschland“, in dem die 24-jährige Avital vom Kanal „Auf Klo“ über ihr Leben und ihren erlebten Antisemitismus interviewt wird.



www.youtube.com/watch?v=mHBOF-P2wbo

Schauen Sie sich das Interview an und notieren Sie, was Sie besonders wichtig oder spannend finden. Haben Sie etwas Neues über jüdisches Leben im heutigen Deutschland gelernt?

Tauschen Sie sich in der Gruppe darüber aus!

ERWARTUNGSHORIZONT

Zu 1

Hoffnungen:

- In der Revolution 1848/49 wurde häufig über gesellschaftliche Positionen der Jüdinnen:Juden diskutiert.
- In der Paulskirche auch 14 jüdische Abgeordnete.
- Mit der Entstehung des Nationalstaats waren für Jüdinnen:Juden große Hoffnungen auf Gleichstellung verbunden, z.B. durch Artikel 5 der Grundrechte: gleiche staatsbürgerliche Rechte für alle.
- Revolution politisierte viele Jüdinnen:Juden, überproportional an Berliner Barrikadenkämpfen beteiligt.

Gefahren/Widerstände:

- Widerstand von nichtjüdischen Gruppen: Jüdinnen:Juden müssten Bildungsprozess durchlaufen um „reif“ zu sein oder es wird gar ausgeschlossen, dass Jüdinnen:Juden sich anpassen könnten. Einige wollten nicht zu vormodernen Zuständen zurückkehren, sondern Jüdinnen:juden aus demokratischem Kollektiv ausschließen.
- Antijüdische Unruhen schon vor der Revolution: Jüdinnen:Juden wurden für Preissteigerungen verantwortlich gemacht.
- Antijüdische Ausschreitungen während der Revolution: insgesamt ca. 180 Vorfälle in Mittel- und Osteuropa. Auf dem Land tumultartige Übergriffe, Plünderungen, Selbstjustiz auch gegen Jüdinnen:Juden.

Zu 2

	M1	M2
BESCHREIBUNG	<ul style="list-style-type: none"> • Der Brief wurde von Moritz Steinschneider am 20. März 1848 in Berlin verfasst und geht an seine Verlobte Auguste Auerbach in Prag. • In der ersten Hälfte seines Briefs schildert Moritz Steinschneider seiner Verlobten die revolutionären Ereignisse/Barrikadenkämpfe in Berlin. Auch seine eigene Teilnahme an diesen Kämpfen schildert der Autor. • In der zweiten Hälfte des Briefs geht Steinschneider auf die mit der Revolution verknüpften jüdischen Emanzipationshoffungen ein: Gleichbehandlung von Jüdinnen:Juden bei der Bestattung; Emanzipation der Jüdinnen:Juden in Preußen innerhalb von vier Wochen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Viele Menschen auf einem Platz in einer Stadt. Aus den umliegenden Gebäuden werden Möbelstücke geworfen. Die Männer auf dem Platz schlagen mit den Händen und Stäben auf in schwarz gekleidete Männer mit Bärten. Am unteren Bildrand liegt eine ebenfalls schwarz gekleidete Frau leblos am Boden. In ihrem Arm ist ein Baby/Kleinkind • Die Bildunterschrift besagt, dass es anti-jüdische Übergriffe im heutigen Bratislava zeigt. • Im Gegensatz zu Steinschneiders geäußerten Hoffnungen in Folge der Berliner Kämpfe, sehen sich Jüdinnen:Juden in Pressburg Anfeindungen und Gewalt gegenüber.
KERNAUSSAGEN	<ul style="list-style-type: none"> • Die revolutionären Ereignisse in Berlin führen laut dem Verfasser zu einer baldigen Emanzipation und Gleichberechtigung der Jüdinnen:Juden in Preußen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltsame Übergriffe (möglicherweise tödliche?) auf jüdische Menschen, die anders gekleidet sind als die Angreifer. • Bildunterschrift wertet die Übergriffe klar negativ als „schrecklich“.
WIRKUNGSABSICHT	<ul style="list-style-type: none"> • Hervorzuheben wäre, dass Steinschneider seiner Verlobten fast durchweg positiv von seinen Erlebnissen berichtet und mit der Revolution große Hoffnungen auf eine Emanzipation der Jüdinnen:Juden verbindet. 	<ul style="list-style-type: none"> • Hervorzuheben wäre, dass der Zeichner/Verleger der Bilderzeitung zeigen will, dass die Gewalt gegen die Jüdinnen:Juden in Pressburg (und anderswo) als etwas Negatives zu verurteilen ist. Darauf weist die Bezeichnung „schrecklich“ hin und dass die rohe Gewalt so explizit dargestellt wird.

Zu 3

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Die Zustände und mit der Revolution verknüpften Widersprüche in Bezug auf die jüdische Emanzipation sollen kontrovers diskutiert werden.

Zu 4

Individuelle Diskussionsergebnisse:

Es sollte klar werden, dass die Situation und gesellschaftliche Rolle von Jüdinnen:Juden nicht mit der von 1848 vergleichbar sind. Diskutiert werden sollte, dass Judenfeindlichkeit und Antisemitismus aber auch heutzutage Probleme sind, die Jüdinnen:Juden in Deutschland tagtäglich begegnen.

GLOSSAR

A

► Antifeminismus

Unter Antifeminismus wird im Allgemeinen jene Frauenfeindlichkeit verstanden, die als direkte Reaktion auf die Frauenbewegung, als Widerstand gegen deren Ziele anzusehen ist. Wir benutzen den Begriff für die Revolution von 1848/49, um frauenfeindliche Reaktionen auf jene Bestrebungen von Frauen zu bezeichnen, die auf eine Verbesserung ihrer eigenen benachteiligten, zum Teil völlig rechtlosen Situation in Ehe und Familie, Bildung und Erwerbsleben, Gesellschaft und Politik zielten – und damit auf gerechtere oder gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse.

► Arbeiterverbrüderung

Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung war während und nach der Revolution von 1848 die größte Arbeiterorganisation in Deutschland mit mehr als 170 Vereinen in ganz Deutschland und etwa 15.000 Mitgliedern. Die Sammlungsbewegung verschiedener kleinerer Arbeitervereine gilt als einer der Ursprünge sowohl der politischen als auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

► Armen- und Arbeitshäuser

Zwangsanstalten zur Verwahrung, Disziplinierung und „Besserung“ völlig verminderter Menschen ohne Einkommen. Diese wurden zunächst als missfällige Bettler*innen von Straßen und Plätzen entfernt und im Wiederholungsfall mit Geld- oder Gefängnisstrafen sowie mit Ausweisung aus der Stadt belegt. Half das alles nicht, erfolgte eine Zwangseinweisung in Armen- und Arbeitshäuser, die mitunter mit Waisenhäusern und Gefängnissen kombiniert waren.

B

► Burschenschaften

Nach 1815 lehnten die Fürsten einen deutschen Bundesstaat ab. Viele junge Männer hatten kurz zuvor noch in den „Befreiungskriegen“ nicht nur gegen die napoleonische Besetzung, sondern auch für einen Nationalstaat mit liberaler Verfassung gekämpft und fühlten sich betrogen. Nationalistische Studenten gründeten in Jena bereits wenige Wochen nach dem Wiener Kongress die Urburschenschaft. Burschenschaften sind also nationalistische Studentenverbindungen. In einigen Burschenschaften gab es sehr früh antifranzösische oder antisemitische Reden, andere setzten sich auch unter großen Gefahren und Verfolgung für demokratische Grundwerte ein.

D

► Demokraten / Demokratie

Demokratie stammt von den griechischen Wörtern „demos“ und „kratein“ ab, die auf Deutsch „Volk“ und „herrschen“ bedeuten. Sie ist also im engeren Sinn ein Herrschaftssystem. Politische Entscheidungen müssen durch die Zustimmung von einer Mehrheit derjenigen, die diese Entscheidungen betreffen, legitimiert sein. Die Idee gibt es seit der Antike, allerdings wurden oft nicht alle Menschen,



die in frühen Demokratieformen lebten, auch als Bürger*innen betrachtet, also als die Bevölkerung, die tatsächlich mitbestimmen kann. 1848 war nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung wahlberechtigt. Als sich 1848 aus den Parlamentariern Fraktionen herausbildeten, war es ein entscheidendes Kriterium, welche Herrschaftsform man bevorzugte. Letztlich waren im Paulskirchenparlament vor allem die links sitzenden Parlamentarier der Fraktionen „Deutscher Hof“ und „Donnersberg“ konsequente Demokraten. Insgesamt stellten sie aber eine Minderheit dar. Wenn der Begriff heute in öffentlichen Diskussionen verwendet wird, ist damit oft nicht nur das Herrschaftssystem gemeint, sondern häufig auch ein Bündel aus liberalen Werten. Moderne Demokratien besitzen meist auch eine Verfassung und Elemente der Gewaltenteilung. Bis heute können aber nicht alle Menschen in der Bundesrepublik über Entscheidungen, die sie betreffen; mitbestimmen bspw. Jugendliche, Menschen, die einen Vormund haben, häufig wohnsitzlose Menschen und Menschen, die keinen deutschen Pass besitzen.

► Deutscher Bund

Nachdem Napoleon besiegt wurde, trafen sich Fürsten und hohe Regierungsbeamte beim Wiener Kongress, um über die Neuordnung Europas zu entscheiden. Vor den Kriegen gegen das revolutionäre und später napoleonische Frankreich hatten die Gebiete des heutigen Deutschlands zum Heiligen Römischen Reich gehört. Zur Enttäuschung vieler politisch aktiver Bürger:innen wurde statt eines Deutschen Reichs nur ein Deutscher Bund neu gegründet. Er bestand aus 35 monarchischen Staaten und vier freien Städten. Das einzige gemeinsame Organ war der „Bundestag“ bei dem Gesandte aller 39 Gebiete in Frankfurt am Main im Palais Thurn und Taxis zusammentrafen. Den Vorsitz im Deutschen Bund hatte Österreich, den militärischen Oberbefehl hingegen Preußen. Da beide deutschen Großmächte sehr unterschiedliche Interessen hatten, lähmte ihre Konkurrenz den Deutschen Bund. Einig waren sie sich nur in der Beobachtung und Bestrafung von demokratischen, revolutionären oder republikanischen Gruppen, davon abgesehen blieben alle Staaten des Deutschen Bundes souverän. [Seit den 1830er Jahren besprachen die Vertreter des Deutschen Bundes auch gemeinsame wirtschaftliche Interessen, etwa den Bau von Eisenbahnen oder die Erhebung bzw. Abschaffung von Zöllen. Aus dem unter preußischer Führung entstehenden Zollverein blieb Österreich ausgeschlossen.]

E

► Emanzipation (Frauen)

Das Wort Emanzipation stammt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „eigenständig werden“. Früher ein Fachbegriff des Römischen Rechts, wurde der Begriff Ende des 18. Jahrhunderts zu einem politischen Begriff mit antiständischem Inhalt. Er beinhaltete, dass gruppenspezifische Rechte aufzuheben seien. Seit den 1840er Jahren rückte der Begriff dann zu einem Bewegungs- und Zielbegriff auf. Er zielte auf die Befreiung aus rechtlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Abhängigkeiten, deren Beseitigung ein Reich herrschaftsloser Freiheit hervorbringen würde. In Bezug auf die Emanzipation der Frauen umfasst der Begriff gleiche Rechte, demnach die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter. Für die Revolution von 1848/49 verwenden wir ihn für alle programmatischen Äußerungen, die auf die Verbesserung der benachteiligten, zum Teil völlig rechtlosen Situation von Frauen in Ehe und Familie, Bildung und Erwerbsleben, Gesellschaft und Politik gerichtet waren.

F

► **Feminismus**

Der Begriff des Feminismus ist erstmals in den 1880er Jahren von französischen Frauenrechtlerinnen als politische Leitidee gegen den ihrer Meinung nach herrschenden Maskulinismus der Dritten Republik benutzt worden. In Deutschland wurde er meist erst im 20. Jahrhundert aufgegriffen, hier fanden lange die Begrifflichkeiten „soziale Frauenfrage“, „Frauenbewegung“ und „Frauenemanzipation“ Verwendung. Die spezifischen Inhalte lassen sich jeweils nur historisch konkret analysieren. Im Kern ging bzw. geht es um die Ablehnung der Auffassung von Frauen als minderwertig gegenüber den Männern, als ihnen nach- bzw. untergeordnete Gruppe und der daraus resultierenden ungleichen Teilhaberechte von Frauen. Häufig ist damit die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Durchsetzung besserer Lebenschancen für Frauen verbunden, zumeist eingebettet in mehr oder weniger umfassende gesamtgesellschaftliche Reformen. In der Gegenwart existiert eine Vielzahl feministischer Theorien und Strömungen. Für die Revolution von 1848/49 benutzen wir den Begriff für jene Bestrebungen von Frauen, die auf eine Verbesserung ihrer eigenen benachteiligten, zum Teil völlig rechtlosen Situation in Ehe und Familie, Bildung und Erwerbsleben, Gesellschaft und Politik zielten – und damit auf gerechtere oder gleichberechtigte Geschlechterverhältnisse.

G

► **Großdeutsche-/Kleindeutsche Einigung**

Bei der groß- oder kleindeutschen Einigung ging es 1848 um die Frage, ob eine neu zu gestaltende deutsche Nation Österreich einschließen sollte oder nicht. Dahinter stand die Frage, ob „Deutschland“ alle Gebiete umfassen sollte, in denen Deutsch gesprochen wurde (=Großdeutschland) oder ob ein kompakteres Gebilde unter preußischer Führung und ohne Österreich, das ein Vielvölkerstaat war, entstehen sollte (=Kleindeutschland). Da von österreichischer Seite kein Interesse an einer Einigung bestand, entschied sich die Mehrheit der Parlamentarier für die kleindeutsche Lösung und wählte den preußischen König Friedrich Wilhelm IV., der die Krone aber ablehnte und seinem Militär die Niederschlagung der Revolution befahl.

H

► **Habsburgermonarchie**

Mit dem Begriff bezeichnet man den Herrschaftsbereich des Hauses Habsburg seit dem Spätmittelalter. Das monarchisch organisierte Reich unter einem König bzw. Kaiser umfasste neben Österreich weite Teile in Ost-, Südost- und Südeuropa.

► **Hambacher Fest**

Das Hambacher Fest war eine politische Demonstration für Volkssouveränität, Freiheit und einen deutschen Nationalstaat. Am 26. und 27. Mai 1832 versammelten sich zwischen 20.000 und 30.000 Menschen an der Ruine des Hambacher Schlosses in Neustadt an der Weinstraße. Die Initiatoren (die beiden Juristen und Schriftsteller Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth) hatten nur mit ca. 1.000 Teilnehmenden gerechnet. Ausdrücklich waren zum Hambacher Fest auch Frauen und Arbeiter:innen eingeladen; damit unterschied sich diese Massenveranstaltung von vielen kleineren bürgerlichen Oppositionszusammenkünften. Eingeladen war auch eine Delegation aus Frankreich und polnische Freiheitskämpfer:innen. Wirth forderte in seiner Rede sogar eine deutsche Republik, eingebunden in ein freies und föderales Europa. Wirth und Siebenpfeiffer wurden später zu Haftstrafen verurteilt und emigrierten nach Frankreich und in die Schweiz.

► Imperialismus

Das Wort Imperialismus leitet sich vom lateinischen Wort „imperare“ (herrschen) ab.

Bereits in der römischen Antike wurde „Imperium“ im Sinne von „Weltreich“ verwendet.

Im Kern steht also der Gedanke, dass ein Großreich so gut organisiert und so fortschrittlich sei, dass es Anspruch auf eine Art Weltherrschaft erheben könne.

Imperialismus kann durch Kriege und Kolonisierung umgesetzt werden, aber auch durch die Vergabe von politischen oder ökonomischen Privilegien, einen gezielten Ausbau von Infrastruktur, das Einsetzen entsprechender Verwalter, Beamter und politischer „Berater“, über Handelsabkommen oder einen erweiterten Schutz von Eigentum. Der Beginn des Zeitalters des klassischen Imperialismus wird oft mit der Errichtung eines französischen Protektorats über Tunesien im Jahr 1881 und der britischen Okkupation Ägyptens ein Jahr später angesetzt. Aus den europäischen Kolonialreichen entwickelten sich bereits früher imperialistische Vorstellungen, die auch auf Länder ohne Kolonien wie den Deutschen Bund ausstrahlten. Die ökonomischen und politischen Veränderungen im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts hatten daher dramatische Auswirkungen auf weite Teile der Welt.

► Industrielle Revolution / Industrialisierung

Die Industrialisierung beschreibt den Prozess, durch den sich Länder, in denen zuvor ein Großteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete, in Länder veränderte, in denen ein Großteil der Bevölkerung in Bereichen der Industrie und des Handwerks arbeiteten.

Vorbedingungen für die Industrialisierung waren innovative Erfindungen wie die der Dampfmaschine (1712 durch Thomas Newcomen und 1769 von James Watt weiterentwickelt), des mechanischen Webstuhls (1785 durch Edmond Cartwright) und die Erfindung der Dampflokomotive (1804 durch Richard Trevithick). Als erstes Land, das diesen Prozess durchlief, gilt England. Die Bedeutung des Handels nimmt dabei zu, oft ist damit eine „Landflucht“ verbunden; das heißt, mehr und mehr Menschen konzentrieren sich in Städten und urbanen Zentren. An die Stelle der Bäuer:innen im Mittelalter tritt die Gruppe der (Industrie-) Arbeiter:innen als größte und ärmste Gruppe der Gesellschaft. Auch wenn im politischen Kontext wenige Schriftstücke oder Portraits von ihnen erhalten sind, ist also zu bedenken, dass die große Mehrheit der Europäer*innen 1848 Bäuer:innen, Handwerker:innen oder bereits Arbeiter:innen waren – ihre Lebensrealität befand sich in einem drastischen Veränderungsprozess.

► Judenfrage

Mit dem Begriff bezeichnet man die Diskussionen, die durch die Forderung nach einer rechtlichen, politischen und sozialen Gleichstellung von Jüdinnen:Juden entstanden, wie sie in Europa seit Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend aufkam. Dabei stritten sich Befürworter:innen und Gegner:innen solcher Veränderungen. Gerade unter den Gegner:innen zeigten sich dabei neue Formen von Hass gegen Jüdinnen:Juden und Antisemitismus.

► Katzenmusik

Katzenmusiken, auch Charivari genannt, sind eine besondere Art des Straßenprotests. Dabei versammelten sich meist Menschen aus den ärmeren Bevölkerungsschichten vor den Häusern von Personen aus dem Bürgertum, die sich auf irgendeine Art und Weise unbeliebt gemacht hatten. Darunter Politiker oder in Berlin die Mitglieder der Bürgerwehr. Die Menge schrie, piff, schlug auf Kessel und andere Gegenstände – machte also größtmöglichen Lärm, um die verhasste Person vom Schlafen abzuhalten.

K

► Kleinstaaterei

→ Siehe Karte „Deutscher Bund“ auf S. 62.

► Koalitionskriege (Befreiungskriege)

Seit der Französischen Revolution 1789 gingen von Frankreich immer wieder wichtige Impulse für die politische Entwicklung in ganz Europa aus – besonders aber für die deutschsprachigen Gebiete. [Doch auch in Frankreich war die Revolution nicht über Nacht erfolgreich und führte nicht direkt in eine friedliche demokratische Republik.] In der Pillnitzer Deklaration verbündeten sich Preußen und Österreich 1791 gegen das revolutionäre Frankreich. Andere Großmächte schlossen sich an, sodass Frankreich daraufhin dieser Koalition den Krieg erklärte. Damit begannen die Koalitionskriege. In diesen Kriegen zeigte sich der französische General Napoleon Bonaparte besonders geschickt, 1799 machte er sich durch einen Staatsstreich selbst zum Staatsoberhaupt. Einige der zuvor erkämpften bürgerlichen Rechte wurden zwar im neuen Code Civil festgeschrieben, die in der Französischen Revolution erkämpften demokratischen Rechte wurden allerdings zurückgenommen. Napoleon hatte vor, sein Reich zu vergrößern und besetzte auch viele deutschsprachige Gebiete – ein deutsches Nationalbewusstsein verbreitete sich durch die Ablehnung dieser Besatzung. Europäische Großmächte wie Großbritannien, Russland, Preußen und Schweden bildeten Allianzen, um gegen die französische Okkupation zu kämpfen. Als „Befreiungskriege“ bezeichnet man insbesondere die letzte Phase dieser Kriege ab 1812 bis 1815. Während Napoleon anfangs sehr erfolgreich Krieg führte, war sein Russlandfeldzug der erste große Fehlschlag. So konnte die geschwächte napoleonische Armee 1813 bei der „Völkerschlacht“ von Leipzig besiegt werden.

► Konservative / Konservatismus

Die Konservativen 1848 saßen ganz rechts im Paulskirchenparlament und versammelten sich vor allem in der Fraktion „Café Milani“. Sie teilten im Wesentlichen die Überzeugung, dass das Parlament die herrschenden Fürsten nur in Hinblick auf eine mögliche Verfassung beraten sollte. Der Konservatismus leitet sich von dem lateinischen Wort „conservare“ ab und bedeutet „bewahren/erhalten“. Konservative möchten grundlegende Strukturen und Werte erhalten und radikale Veränderungen vermeiden.

L

► Langes 19. Jahrhundert

Der Begriff wurde von dem britischen Historiker Eric John Ernest Hobsbawm in den 1960er Jahren geprägt. Er analysierte die Bildung von Nationen, Demokratien, Revolutionen und Emanzipationsprozessen zwischen der Französischen Revolution 1789 und dem ersten Weltkrieg 1914.

► Letztentscheidungsrecht

Bei Fragen bezüglich der Erziehung der Kinder, der Wahl des Wohnorts, der Arbeit oder auch des Vermögens, hatte der Ehemann gegenüber der Ehefrau das letzte Wort.

► Liberale / Liberalismus

Die Liberalen saßen in der Mitte des Paulskirchenparlaments, sie teilten sich in einen sehr großen rechten Teil, das Casino, sowie in einen kleineren linken Teil, den Württemberger Hof. Der Begriff Liberalismus kommt vom lateinischen Wort „liber“ für „frei“ – die Liberalen setzten sich grundlegend für die Verwirklichung der Freiheitsrechte ein und waren der Ansicht, dass diese am besten in einer konstitutionellen Monarchie gesichert seien.

M

► Monarchie (absolut, konstitutionell, parlamentarisch)

In einer konstitutionellen Monarchie wird die Macht eines adeligen Herrschers im Gegensatz zur absoluten Monarchie an eine Verfassung (vom lateinischen Wort „constitutio“) gebunden. Diese Verfassung hat der Herrscher nicht selbst bestimmt und kann sie nicht alleine ändern. Im Gegensatz zur konstitutionellen Monarchie muss der Monarch in einer parlamentarischen Monarchie zusätzlich alle Gesetzesänderungen mit einer Regierung abstimmen, die vom Parlament gewählt wird. Bis heute existieren in Europa parlamentarische Monarchien, in denen die Monarchen allerdings nach und nach eher eine repräsentative Funktion übernommen haben.

N

► Nationalversammlung

Die erste Nationalversammlung bildete sich in Frankreich 1789 zu Beginn der Französischen Revolution. Die Nationalversammlung verstand sich als Vertretung aller Bürger. Sie verkündete die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte und erarbeitete eine Verfassung. Nach diesem Vorbild wurde in den Märzforderungen der Revolution 1848 im >Deutschen Bund ebenfalls ein Parlament verlangt. Verbunden war damit die Hoffnung auf eine eigene Verfassung und einen Nationalstaat. Etwa 600 Abgeordnete tagten als Deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vom 18. Mai 1848 bis zum 18. Juni 1849 und es gelang ihnen, eine Verfassung zu erarbeiten. Die Großmächte Preußen und Österreich erkannten diese Verfassung jedoch nicht an und bekämpften die Revolution militärisch.

O

► Österreich

→ Siehe ► **Habsburgermonarchie.**

P

► Paulskirche

→ Siehe ► **Nationalversammlung.**

► Pressefreiheit

→ Siehe ► **Zensur.**

► Preußen

Seit Beginn des 18. Jahrhunderts bezeichnet Preußen ein Königreich, welches zu großen Teilen im heutigen Brandenburg sowie Polen lag. Dem Königreich Preußen gelang es, seine Macht kontinuierlich auszudehnen, sodass es im 19. Jahrhundert zu einem der einflussreichsten Teile des Deutschen Bundes aufstieg. Preußen und die Habsburgermonarchie stritten lange Zeit um die Vorherrschaft im Deutschen Bund, bis sich Preußen schlussendlich durchsetzte.

S

► Sexismus

Sexismus bedeutet die Diskriminierung, Abwertung, Benachteiligung und Herabwürdigung eines Menschen aufgrund des (zugeschriebenen) Geschlechts. Auch wenn Männer damit ebenso von Sexismus betroffen sein können, wird der Begriff häufig mit der Diskriminierung von Frauen gleichgesetzt. Er wurde Ende der 1960er Jahre im Kontext der US-amerikanischen Frauenbewegung in Analogie zum Begriff „Rassismus“ gebildet. Im Deutschen begann sich der Begriff Sexismus ab den 1970er Jahre durchzusetzen.

S

Zuvor waren hier die Begriffe Misogynie, Frauenhass oder Frauenfeindlichkeit als Synonym gebräuchlich. Misogynie beschreibt die Annahme einer Minderwertigkeit von Frauen, wie sie seit der Antike in verschiedenen Schriften der Philosophie und Literatur, aber letztlich auch im christlichen Glauben, der Hexenverfolgung und wissenschaftlichen Abhandlungen zum Ausdruck gebracht wurde. Grundsätzlich beschreibt Misogynie/Frauenfeindlichkeit/Sexismus die allgemeine Abwertung und Benachteiligung von Frauen oder allgemeiner die Entwertung von Weiblichkeit – und so verwenden wir ihn für die Revolution von 1848/49.

► Ständegesellschaft/-ordnung/-staat

Die Ständegesellschaft oder Ständeordnung war im Mittelalter und der Frühen Neuzeit, also bis ca. zum Jahr 1800, ein in Europa weit verbreitetes System zur Ordnung von Gesellschaft und Staat. Das Wort „Stand“ bezog sich darauf, wie hoch eine Person oder Gruppe in der Gesellschaft angesehen wurde. In einer Ständegesellschaft war die Gesellschaft oder Regierung nach diesen Ständen organisiert. Jeder Stand hatte spezifische Aufgaben, die mit Rechten und Pflichten einhergingen.

T

► Turner

Die Turnbewegung geht auf Friedrich Ludwig Jahn zurück, der 1811 einen ersten öffentlichen Turnplatz zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend errichtete. Die neue Bedeutung, die diesem Sport gegeben wurde, stand im Kontext der >„Befreiungskriege“. Ähnlich wie in den >Burschenschaften sammelten sich in den Turngemeinschaften junge Menschen, die von den Ideen des Nationalismus begeistert waren und sich körperlich und mental auf die Gründung eines Deutschen Reichs und die dafür erwarteten Kriege vorbereiteten. Die Karlsbader Beschlüsse verhängten 1819 eine „Turnsperre“, die der preußische König erst 1842 aufhob. Die Turner beteiligten sich aktiv an den nationalistischen, teilweise auch demokratischen Bewegungen. Im Frühjahr 1848 wurde der Deutsche Turner Bund gegründet, doch bereits im Sommer spaltete er sich in eine republikanische und eine monarchistische Strömung.

V

► Vereinsfreiheit

Das Recht, sich mit anderen Menschen frei zu vereinigen, war 1848 eine bedeutende Forderung. Im § 162 der Paulskirchenverfassung wurde dieses Recht erstmals festgelegt, konnte jedoch aufgrund starken obrigkeitlichen Widerstands nicht durchgesetzt werden.

► Versammlungsfreiheit

Die Versammlungsfreiheit war 1848 vielerorts einer der wichtigsten Punkte innerhalb der Märzforderungen, gemeint ist hiermit, dass sich Menschen friedlich und ohne Waffen frei versammeln können. In § 161 der Paulskirchenverfassung wurde dieses Recht erstmals festgelegt.

► Vormärz

Mit dem Begriff meint man generell die Periode vor der Märzrevolution 1848. Manche Historiker:innen bezeichnen damit die Phase nach der Julirevolution 1830 in Frankreich und verweisen auf die oft revolutionäre Stimmung, auch in den deutschen Staaten. Andere Historiker:innen benennen die gesamte Zeit seit dem Wiener Kongress 1815 bis zur Revolution 1848 als Vormärz.

V**► Vorparlament**

Mit dem Begriff wird eine Versammlung von 574 Männern bezeichnet, die im März/April 1848 in der Frankfurter Paulskirche zur Vorbereitung der Frankfurter Nationalversammlung zusammenkam. Sie wurde ab Mai durch die Nationalversammlung abgelöst.

Z**► Zensur**

Zeitungen und Zeitschriften mussten, bevor sie legal veröffentlicht werden konnten, bei den örtlichen Behörden zur Kontrolle eingereicht werden. Sollte der Inhalt mit der Ansicht der Behörden nicht übereinstimmen, so konnten diese Werke verboten werden. Als Reaktion auf den ansteigenden Druck der Bevölkerung wurde die Zensur am 3. März 1848 im Deutschen Bund aufgehoben. Dies führte zu einer rasanten Ausbreitung des Zeitungswesens.

► Ziehzeit

Ziehzeit entspricht im heutigen Sprachgebrauch der Kündigungsfrist. Das ist der vertraglich oder gesetzlich festgelegte Zeitraum zwischen einer Kündigung eines Arbeitsverhältnisses und seinem Ende.



ZU DEN AUTOR:INNEN

Theo Jung

ist Professor für Neuere und Neuste Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seine Forschung fokussiert sich u.a. auf die europäische Kultur- und Politikgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Zudem ist er Beiratsmitglied der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte.

Annalena Baasch

hat in Münster Erziehungswissenschaften und Geschichte und danach Public History an der FU Berlin studiert. Seit 2017 arbeitet sie in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.. Dort ist sie als Projektkoordinatorin Demokratiegeschichte und im Bereich Social Media tätig.

Ulli Engst

studierte an der FU Berlin Geschichte, Politikwissenschaften und Public History. Seit 2021 arbeitet er bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der Fachgruppe Geschichtsvermittlung als Projektkoordinator für Demokratiegeschichte und ist darüber hinaus im Projekt „Demokratiestarke Polizei – Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei“ tätig.

Christian Jansen

lehrte – nach Stationen in Konstanz, Bochum, Jerusalem, Berlin und Münster – zuletzt als Professor für Neuere Geschichte an der Universität Trier. Seine Arbeitsschwerpunkte sind vor allem die deutsche und italienische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Christian Jansen ist zudem Vorsitzender der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte (GEDG).

Claudia Spezzano

ist Philologin und Kunsthistorikerin. Seit 2022 arbeitet sie als Kuratorin für Vermittlung und Partizipation am Historischen Museum Frankfurt. Für die Stadt Frankfurt betreut sie das Projekt Kultur- und Freizeitticket (KUFTI), 2021–2023 war sie Lehrbeauftragte im Studiengang Kunst, Medien und Kulturelle Bildung der Goethe Universität Frankfurt.

Susanne Schötz

lehrt seit 2006 als Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden. Ihr besonderes Anliegen besteht in der Verknüpfung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher mit geschlechtergeschichtlichen Fragestellungen. Dabei konzentrieren sich ihre Forschungen auf die frühneuzeitliche Handels- und Gewerbe-geschichte, Geschlechtergeschichte der Arbeit, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Bürgertums und Kleinbürgertums im Industriezeitalter, auf Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, auf Louise Otto-Peters und die erste deutsche Frauenbewegung sowie auf die Geschichte der Stadt Leipzig 1815–1914.

Franziska Deutschmann

Ist Gymnasiallehrerin für die Fächer Geschichte und Latein, Fachausbildungsleiterin für Geschichtsreferendar:innen sowie Hochschuldozentin der Fachdidaktik an der Universität Leipzig. Seit 2020 ist sie im Vorstand der Louise-Otto-Peters Gesellschaft e.V. Dort arbeitet sie an Bildungs- und Vermittlungsprojekten mit den Schwerpunkten Geschlechter-, Frauen- und Demokratiegeschichte. Seit 2023 ist sie zudem Mitglied des Beirates der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte.

Uffa Jensen

ist Historiker und stellvertretender Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der Technischen Universität Berlin. Nach Stationen in Göttingen und Sussex hatte er 2017-2022 eine am ZfA eingerichtete Heisenberg-Forschungsprofessur der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) inne. Jensen hat sich mit sehr verschiedenen Forschungsfeldern der modernen und zeitgeschichtlichen Forschung beschäftigt und arbeitet immer wieder zur jüdischen Geschichte sowie zur Geschichte des Antisemitismus. In den letzten Jahren forscht Jensen auch verstärkt zu antisemitischen Bildern.

Paul Schmitz

studierte in Köln Geschichte und Musikwissenschaft und anschließend Public History an der FU Berlin. Seit 2022 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter für Pädagogik und Veranstaltungen beim Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. Dort ist er vor allem für die Konzeption und Durchführung der historisch-politischen und demokratiepädagogischen Angebote für diverse Zielgruppen zuständig.

* **Bildnachweis: Karte des Deutschen Bundes 1815–1866 / Map of German Confederation 1815–1866, 19. Januar 2008: Eigenes Werk**
(Originaltext: own drawing/Source of Information: Putzger – Historischer Weltatlas, 89. Auflage, 1965; Westermanns Großer Atlas zur Weltgeschichte, 1969;
Haacks geographischer Atlas. VEB Hermann Haack Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha/Leipzig, 1. Auflage, 1979; dtv-Atlas zur Weltgeschichte Band 1
Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution; 23. Aufl. 1989, ISBN 3-423-03002-X)

IMPRESSUM

Die Revolution 1848/49. **Ambivalenzen der Democratiegeschichte**

—
PÄDAGOGISCHE HANDREICHUNG FÜR DIE SEK II.

1. Auflage

© Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen,
Trägerverein: Paul Singer e. V., Strausberger Str. 39, 10243 Berlin
2023

ISBN: 978-3-9826363-0-6

Mail: kontakt@paulsinger.de
www.paulsinger.de
www.friedhof-der-maerzgefallenen.de

Herausgeber:innen:

Susanne Kitschun, Johann Gerlieb, Paul Schmitz

Lektorat: Karl Mierendorff

Gestaltung: Amelie Thierfelder

Druck und Herstellung: primeline print berlin GmbH

Eine Publikation des
Friedhofs der Märzgefallenen / Paul Singer e.V.



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien